### Der Schwarzmeerraum.

Sozial-demografische Faktoren, politische Stabilität, regionale Konflikte und Energiesicherheit

ao. Univ. Prof. Dr. Gerhard Mangott

# Abschnitt 1: Sozial-demografische Charakteristika der Staaten der Schwarzmeerregion (Black Sea Countries, BSC)

In diesem Abschnitt werden die aktuellsten human-demografischen Schlüsseldaten in der Region erhoben und vergleichend diskutiert; zum einen im Hinblick auf mögliche Varianzen zwischen den Ländern der Regionen, zum anderen auf regionalspezifische Elemente. Dabei ist zu betonen, dass die Daten, die von den Ländern selbst, aber auch verschiedener internationaler Organisationen (Weltbank, UNDP, US Population Reference Bureau) teilweise sehr voreinander abweichen. Es gilt daher v.a. Trendentwicklungen und ländervergleichende Einschätzungen vorzunehmen.

Die Staaten der nördlichen und östlichen Schwarzmeerregion sind noch immer durch abnehmende Bevölkerungszahlen, niedrige Fertilität, hohe Mortalität, niedrige Lebenserwartungen (allerdings mit deutlichen Unterschieden nach Geschlecht), Überalterung, (Jugend-)emigration bzw. Fremdarbeit, mangelnde medizinische Versorgungsdichte und entwicklungsrestringierende sozial-humane Lebensbedingungen gekennzeichnet.

In den muslimischen Gesellschaften der **Türkei und Azerbaijans** wird bis 2025 ein **starkes Wachstum der Bevölkerungszahlen** prognostiziert – 10,5 Prozent in Azerbaijan, 16,8 Prozent in der Türkei. Georgien, Russland, die Ukraine und Moldova werden hingegen einen fortgesetzten Rückgang der Bevölkerung verzeichnen; insbesondere die Ukraine wird von einem drastischen Einbruch betroffen sein.

**Tabelle 1:** Bevölkerungsentwicklung in den BSC (in Jahren) 2008–2025 (in Millionen), eigene Berechnungen

	2009	2025	Saldo
Armenien	3,097	3,266	+ 5,5
Azerbaijan	8,781	9,700	+ 10,5
Georgien	4,611	4,208	<b>–</b> 8,7
Russland	141,839	133,252	<b>–</b> 6 <b>,</b> 0
Ukraine	46,030	41,91	- 10,0
Moldova	4,133	3,774	<i>–</i> 8,7
Türkei	74,816	87,364	+ 16,8

Quelle: Population Reference Bureau (www.prb.org)

Für viele Staaten der ehemaligen UdSSR (Former Soviet Union, FSU) typisch ist ein Überhang an Frauen. Dies zeigt sich besonders deutlich in Russland und der Ukraine. Aufgrund der deutlichen Unterschiede in der Lebenserwartung von Frauen und Männern in diesen Ländern wird sich der Trend erheblich verstärken. Umgekehrt bewirkt ein deutlich geringerer Unterschied in der dLEG zwischen den Geschlechtern in der Türkei und in Azerbaijan auch ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen den Anteilen der Geschlechter an der Bevölkerung.

**Tabelle 2: Geschlechterstruktur der Bevölkerung in den BSC 2007** (in Prozent), eigene Berechnungen

	2007
Armenien	
Frauen	51,7
Männer	48,3
Azerbaijan	
Frauen	50,7
Männer	49,3
Georgien	
Frauen	52,6
Männer	47,4
Moldova	
Frauen	51,9
Männer	48,1
Russland	
Frauen	53,7
Männer	46,3
Türkei	
Frauen	49,9
Männer	50,1
Ukraine	
Frauen	53,9
Männer	46,1

Quelle: <a href="http://w3.unece.org/">http://w3.unece.org/</a> (eigene Berechnungen)

Die Geburtenrate ist in den muslimischen Staaten Azerbaijan und Türkei derzeit die höchste der BSC – bei 18 Geburten/Jahr pro 1.000 Menschen. Zugleich ist in diesen Ländern die Sterberate die niedrigste der BSC – bei 6 Todesfällen/Jahr pro 1.000 Menschen. Dies erklärt das starke Bevölkerungswachstum in diesen Staaten (siehe oben). Armenien liegt bei der Geburtenrate leicht hinter, bei der Todesrate deutlich vor der Türkei und Azerbaijan. Georgien weist zusammen mit der Ukraine und Moldova die niedrigste Geburtenrate auf, die Sterberate ist aber niedriger als in der Ukraine und Moldova. Deutlich höher als die Geburtenrate ist die Sterberate in der Ukraine (Nettodifferenz 5), Russland (3) und Moldova (1). Russland und die Ukraine weisen auf der Basis dieser Indikatoren damit ein starkes negatives natürliches Bevölkerungswachstum aus. Zusätzlich zu berücksichtigen sind dabei aber auch die Migrationsströme in diese/aus diesen Staaten (siehe unten).

**Tabelle 3: Geburten- und Sterberaten in den BSC** (Jährliche Zahl pro Tausend Bewohner) **2007/8** 

	Geburtenrate	Sterberate
Armenien	15	10
Azerbaijan	18	6
Georgien	11	9
Russland	12	15
Ukraine	11	16
Moldova	11	12
Türkei	18	6

Quelle: Population Reference Bureau (www.prb.org)

Die derzeitigen **natürlichen Bevölkerungswachstumsraten** bewegen sich demnach **zwischen + 1,2** (Türkei, Azerbaijan) **und –0,5** (Ukraine). Die anderen Werte: Russland (–0,3), Moldova (–0,1), Georgien (0,2) und Armenien (0,6).

Die **Total Fertility Rate**<sup>1</sup>in den BSC liegt zwischen **2,3 (Azerbaijan)**, 2,1 (Türkei), 1,7 (Armenien), 1,5 (Russland), 1,4 (Georgien und Ukraine) und **1.3 (Moldova)**. Zur stabilen Reproduktion der Bevölkerungszahl ist eine TFR von 2,14 erforderlich.<sup>2</sup>

Alle BSC weisen derzeit niedrige durchschnittliche Lebenserwartungsraten bei Geburt (dLEG) auf: Die dLEG ist in Azerbaijan und Russland am niedrigsten, allerdings hatte Russland einen extrem starken Abfall innerhalb kürzester Zeit (1991–1993) zu verzeichnen; die dLEG in Russland steigt erst seit 2003 kontinuierlich an. Armenien nimmt unter den BSC die führende Position und hat auch in den letzten 18 Jahren den stärksten Anstieg zu verzeichnen. Kein signifikanter Anstieg der dLEG lässt sich in Azerbaijan und in der Ukraine verzeichnen.<sup>3</sup>

Darunter versteht die Demografie die durchschnittliche Zahl der Lebendgeburten einer Frau, wenn diese die zu einem Stichdatum ermittelten <u>altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern</u> während ihrer gesamten fruchtbaren Lebensspanne durchlaufen würde.

Population Reference Bureau (<u>www.prb.org</u>, Zugriff 10.2.2010).

Hier werden die Daten des "Human Development Index" (HDI) "United Nations Development Program" (UNDP) verwendet.

Tabelle 4: Entwicklung der durchschnittlichen Lebenserwartung bei der Geburt in den BSC (in Jahren) 1991–2008

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Armenien		67,9			69		69,8			71,2		72,1			72,9	73,1	73,4	73,6
Azerbaijan		65,8			66		66,2			66,5		66,8			67,1		67,4	
Georgien		70,3													70,6	70,7	70,8	
Moldova		67,1			66,6		66,3			66,9		67,3			67,9	68,1	68,3	68,5
Ukraine	68,9		67,9		67,1		67,3	68	68,2	67,9	68,3	68,3	68,2	68,2	68	68,1	68,2	
Russland	68,5	66,9	64,9	64,5	65,2	66,2	67	66,8	66	65,3	65,5	65,1	65	65,4	65,5	66,6	67,6	
Türkei		66,2			67,8		68,8			70		70,8			71,4	71,6	71,8	72

Quelle: http://hdr.undp.org/en/statistics/

Bei diesem Indikator lässt sich ein sehr deutlicher Unterschied zwischen Männern und Frauen feststellen. Der Unterschied bewegt sich zwischen 4.9 Jahren (Türkei, 2008) und 12,8 (Russland, 2006). Die anderen Werte: Azerbaijan 5,5 (2008), Armenien 6,4 (2007), Moldova 7,8 (2008), Georgien 8,9 (2007) und Ukraine 11,5 (2006). In der Türkei und der Ukraine ist diese Geschlechterdifferenz stabil (aber auf sehr unterschiedlichem Niveau). In Georgien und in Armenien nimmt dieser Abstand aber zu. In Russland ist mit einer leichten Verringerung des Abstandes in der dLEG in den nächsten Jahren zu rechnen.

\_

Population Reference Bureau (<u>www.prb.org</u>), Zugriff am 25.1.2010.

Tabelle 5: Durchschnittliche Lebenserwartung bei der Geburt in den BSC (in Jahren) 2000–2008 nach Geschlecht<sup>5</sup>

United Nations Economic Commission for Europe (<u>www.unece.org</u>), eigene Berechnungen auf der Basis der online-Daten (Zugriff am 10.2.2010).

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Armenien									
Frauen	75,8	76,1	75,9	75,8	76,4	76,5	76,0	76,7	
Männer	70,1	70,0	69,8	69,9	70,3	70,3	69,7	70,3	
Gender Gap	5,7	6,1	6,1	5,9	6,1	6,2	6,3	6,4	
Azerbaijan									
Frauen	75,1	75,2	75,0	75,1	75,2	75,1	75,4	75,1	75,4
Männer	68,6	68,6	69,4	69,5	69,6	69,6	70,1	69,7	69,9
Gender Gap	6,5	6,6	5,6	5,6	5,6	5,5	5,3	5,4	5,5
Georgien									
Frauen	74,9	74,8	74,9	75,3	75,1	77,4	78,4	79,1	
Männer	67,5	68,1	68,0	68,7	67,9	69,9	69,7	70,2	
Gender Gap	7,4	6,7	6,9	6,6	7,2	7,5	8,7	8,9	
Moldova									
Frauen	71,4	71,9	71,8	71,7	72,5	71,7	72,4	72,7	73,3
Männer	64,0	64,5	64,4	64,4	64,6	63,8	64,6	65,2	65,5
Gender Gap	7,4	7,4	7,4	7,3	7,9	7,9	7,8	7,5	7,8
Russland									
Frauen	72,4	72,3	72,0	71,9	72,4	72,4	73,3		
Männer	59,2	59,1	58,9	58,7	59,1	59,0	60,5		
Gender Gap	13,2	13,2	13,1	13,2	13,3	13,4	12,8		
Türkei									
Frauen	72,8	73,0	73,2	73,4	73,6	73,8	74,0	74,2	74,3
Männer	68,1	68,2	68,4	68,6	68,8	68,9	69,1	69,3	69,4
Gender Gap	4,7	4,8	4,8	4,8	4,8	4,9	4,9	4,9	4,9
8 88									
Ukraine	70.6	70.0	70.7	70.0	70.0	70.4	70.0		
Frauen	73,6	73,8	73,7	73,6	73,6	73,4	73,8		
Männer	62,3	62,5	62,2	62,3	62,0	61,5	62,3		
Gender Gap	11,3	11,3	11,5	11,3	11,6	11,9	11,5		

Quelle: United Nations Economic Commission for Europe (www.w3.unece.org)

Die **Kindersterblichkeit** (Todesfälle unter 5 Jahren) bewegt sich in den BSC nach den letzten verfügbaren Daten der Weltbank (2007) zwischen 3,9 und 1,4 Prozent: Azerbaijan (3,9) verzeichnet den höchsten Wert, Russland (1,4) den niedrigsten Wert. Die anderen Werte: Georgien (3,0), Ukraine (2,4),

Armenien (2,4), Türkei (2,3) und Moldova (1,8). Dieser Indikator liegt in Österreich 2007 bei 0.4 Prozent.<sup>6</sup> In allen Ländern lässt sich in der Zeitreihe eine deutliche Verbesserung feststellen.

Hinsichtlich der Altersstruktur ist der Anteil der jüngsten Kohorte (< 15 Jahre) in der Türkei mit 27 Prozent der Bevölkerung mit Abstand der höchste in den BSC. In Azerbaijan liegt dieser Indikator bei 23, in Armenien bei 20 Prozent. Dies spiegelt die Geburten- und Sterberate, aber auch die Kindersterblichkeitsraten in diesen Ländern deutlich wieder. Am geringsten ist diese Alterskohorte in der Ukraine. Der Anteil der ältesten Alterskohorte ≥ 65 Jahre ist wiederum in der Ukraine, Russland und in Georgien am höchsten.

Tabelle 6: Bevölkerungsstruktur der BSC 2008 nach Alterskohorten

	Bevölkerung < 15 Jahre	Bevölkerung ≥ 65 Jahre
Armenien	20	10
Azerbaijan	23	7
Georgien	17	15
Russland	<b>1</b> 5	14
Ukraine	14	16
Moldova	18	10
Türkei	27	6

Quelle: Population Reference Bureau (www.prb.org)

Der Grad der Urbanität ist in Moldova am niedrigsten (41 Prozent) und in Russland am höchsten (73 Prozent). Die anderen Werte: Azerbaijan (52), Georgien (53), Türkei (63), Armenien (64) und Ukraine (68).

Aus diesen Indikatoren ergeben sich folgende demografische Profile der BSC:

Azerbaijan: Die Bevölkerung wird bis 2025 um 10.5 Prozent
 wachsen; der jährliche natürliche Bevölkerungszuwachs wird mit 1,2

-

World Bank (econ.worldbank.org, Zugriff am 1.2.2010).

Prozent erwartet. Dies beruht auf einer sehr niedrigen Sterberate (im BSC Vergleich) und einer sehr hohen Geburtenrate. Mit 2,3 TFR liegt das natürliche Wachstum über der statistischen Reproduktionsschwelle. Die durchschnittliche Lebenserwartung bei der Geburt (dGEL) ist mit 67,4 Jahren (2007) die niedrigste aller BSC. Der Geschlechterunterschied bei der dGEL weist den niedrigsten Wert der BSC auf. Der Anteil der jüngsten Alterskohorte (< 15 Jahre) an der Gesamtbevölkerung ist hoch; der Urbanitätsgrad ist noch sehr niedrig. Die Kindersterblichkeit < 5 Jahren ist allerdings die höchste aller BSC (3,9 Prozent).

- Armenien: Die Bevölkerung wird bis 2025 um 5.5 Prozent wachsen; der jährliche natürliche Bevölkerungszuwachs wird mit 0,6 Prozent erwartet. Dies beruht auf einer deutlich niedrigeren Sterberate und deutlich höheren Geburtenrate als die anderen Länder der FSU im Schwarzmeerraum. Mit 1,7 TFR liegt das natürliche Wachstum aber unter der statistischen Reproduktionsschwelle. Die durchschnittliche Lebenserwartung bei der Geburt (dGEL) ist mit 73,6 Jahren (2008) die höchste aller BSC. Der Geschlechterunterschied bei der durchschnittlichen Lebenserwartung bei Geburt liegt 2007 bei 6,4 Jahren und damit mit Ausnahme Azerbaijans deutlich niedriger als bei den anderen BSC der FSU. Der Anteil der jüngsten Alterskohorte (< 15 Jahre) an der Gesamtbevölkerung ist mit 20 Prozent der dritthöchste der BSC; der Urbanitätsgrad liegt im Mittelfeld der BSC. Die Kindersterblichkeit < 5 Jahren ist hoch (2,4 Prozent).</p>
- Georgien: Die Bevölkerungszahl wird bis 2025 um 8,7 Prozent zurückgehen; der jährliche natürliche Bevölkerungszuwachs wird mit 0,2 Prozent erwartet. Die Geburtenrate Georgiens ist die niedrigste der BSC (zusammen mit Ukraine und Moldova), aber die Sterberate ist die niedrigste der Länder der FSU am Schwarzen Meer. Der drastische Rückgang der Bevölkerung wird durch hohe Migrationswerte und eine sinkende TFR erklärt. Die TFR liegt bei 1,4 und ist damit die zweitniedrigste der BSC. Die durchschnittliche Lebenserwartung bei der Geburt (dGEL) ist mit 70,8 Jahren (2007) mit Ausnahme Armeniens die beste der Staaten der FSU in der Region. Der Geschlechterunterschied bei der durchschnittlichen Lebenserwartung bei Geburt liegt 2007 bei 8,9 Jahren und ist damit sehr stark ausgeprägt. Der Anteil der jüngsten Alterskohorte (< 15</p>

Jahre) an der Gesamtbevölkerung ist mit **17 Prozent** zwar höher als in Russland und der Ukraine; auffallend ist aber der hohe Wert von 15 Prozent in der Alterskohorte ≥ 65 Jahre. Der Urbanitätsgrad ist mit 53 Prozent niedrig. Die **Kindersterblichkeit < 5 Jahren** ist sehr hoch (3 Prozent).

- Russland: Die Bevölkerungszahl wird bis 2025 um 6 Prozent zurückgehen; der jährliche natürliche Bevölkerungszuwachs wird mit - 0,2 Prozent erwartet. Die Geburtenrate Russlands ist noch immer sehr niedrig (12) und die Sterberate sehr hoch - auch wenn sich seit einigen Jahren eine moderate Besserung bei diesen Indikatoren feststellen lässt. Die TFR liegt bei 1,5. Die Kindersterblichkeit ist die niedrigste der BSC. Die durchschnittliche Lebenserwartung bei der Geburt (dGEL) ist mit 67,6 Jahren (2007) zusammen mit der Ukraine die niedrigste der BSC. Der Geschlechterunterschied bei der durchschnittlichen Lebenserwartung bei Geburt liegt 2007 bei 12,8 Jahren und ist damit dramatisch hoch. Der Anteil der jüngsten Alterskohorte (< 15 Jahre) an der Gesamtbevölkerung ist mit 15 **Prozent** sehr niedrig; nur in der Ukraine ist dieser Anteil noch niedriger. Zu beachten ist auch der relativ hohe Wert von 14 Prozent in der Alterskohorte ≥ 65 Jahre; Russland wird darin nur von der Ukraine (16) übertroffen. Der Urbanitätsgrad ist mit 73 Prozent der höchste aller BSC.
- Ukraine: Die Bevölkerungszahl wird bis 2025 um 10 Prozent zurückgehen; das ist der dramatischste Bevölkerungsrückgang der jährliche natürliche Bevölkerungszuwachs wird mit – 0,5 Prozent erwartet. Die Geburtenrate ist sehr niedrig (11) und die Sterberate mit 16/1.000 enorm hoch. Die TFR liegt bei 1,4. Die Kindersterblichkeit liegt bei 2,4 – in Russland liegt sie hingegen bei 1,4. Die durchschnittliche Lebenserwartung bei der Geburt (dGEL) ist mit 68,2 Jahren (2007) ein wenig höher als in Russland. Der Geschlechterunterschied bei der durchschnittlichen **Lebenserwartung bei Geburt** liegt 2007 bei **11,5 Jahren** und ist damit dramatisch hoch. Der Anteil der jüngsten Alterskohorte (< 15 Jahre) an der Gesamtbevölkerung ist mit 14 Prozent der niedrigste aller BSC; umgekehrt ist der Anteil der Alterskohorte ≥ 65 Jahre an der Bevölkerung mit 16 Prozent der höchste aller BSC.; Russland wird darin nur von der Ukraine (16) übertroffen. Der Urbanitätsgrad liegt bei 68 Prozent – hinter Russland der zweithöchste Wert der BSC.

- Moldova: Die Bevölkerungszahl wird bis 2025 um 8,7 Prozent zurückgehen; das ist der zweistärkste Wert unter den BSC. Der jährliche natürliche Bevölkerungszuwachs wird mit - 0,1 Prozent erwartet. Die Geburtenrate ist sehr niedrig (11), aber die Sterberate ist mit 12/1.000 zwar hoch, aber nicht wesentlich höher als die Geburtenrate. Die TFR liegt bei 1,3 - der niedrigste Wert der BSC, allerdings ist die Kindersterblichkeit mit 1.8 für die BSC relativ niedrig. Die durchschnittliche Lebenserwartung bei der Geburt (dGEL) ist mit 68,5 Jahren (2008) aber sehr niedrig. Der Geschlechterunterschied bei der durchschnittlichen Lebenserwartung bei Geburt liegt 2007 bei 7,8 Jahren. Der Anteil der jüngsten Alterskohorte (< 15 Jahre) an der Gesamtbevölkerung ist mit 18 Prozent relativ hoch; umgekehrt ist der Anteil der Alterskohorte ≥ 65 Jahre an der Bevölkerung mit 10 Prozent relativ niedrig. Der Urbanitätsgrad liegt bei 41 Prozent – der niedrigste Wert der BSC.
- Türkei: Die Bevölkerungszahl wird bis 2025 um 16,8 Prozent wachsen mit Abstand der höchste Wert der BSC. Der jährliche natürliche Bevölkerungszuwachs wird mit 1,2 Prozent erwartet. Die Geburtenrate ist sehr hoch (18), aber die Sterberate ist mit 6/1.000 für die BSC sehr niedrig. Die TFR liegt bei 2,1 hinter Azerbaijan der zweithöchste Wert der BSC, allerdings ist die Kindersterblichkeit mit 2,3 deutlich niedriger als in Azerbaijan. Die durchschnittliche Lebenserwartung bei der Geburt (dGEL) ist mit 72 Jahren (2008) im Vergleich der BSC sehr hoch. Der Geschlechterunterschied bei der durchschnittlichen Lebenserwartung bei Geburt liegt 2007 bei 4,9 Jahren. Der Anteil der jüngsten Alterskohorte (< 15 Jahre) an der Gesamtbevölkerung ist mit 27 Prozent enorm hoch; umgekehrt ist der Anteil der Alterskohorte ≥ 65 Jahre an der Bevölkerung mit 6 Prozent sehr niedrig. Der Urbanitätsgrad liegt bei 63 Prozent ein mittlerer Wert bei den BSC.

	Bevölkerung 2025	Geburtenrate	Sterberate	Kindersterblichkeit	TFR	dLEG	Gender Gap	< 15	≥ 65
Armenien	+ 5,5	15	10	2,4	1,7	73,6	6,4	20	10
Azerbaijan	+ 10,5	18	6	3,9	2,3	67,4	5,5	23	7
Georgien	<b>- 8,7</b>	11	9	3,0	1,4	70,8	8,9	17	15
Russland	<b>- 6,0</b>	12	15	1,4	1,5	67,6	12,8	15	14
Ukraine	- 10,0	11	16	2,4	1,4	68,2	11,5	14	16
Moldova	<b>- 8,7</b>	11	12	1,8	1,3	68,5	7,8	18	10
Türkei	+ 16,8	18	6	2,3	2,1	72,0	4,9	27	6

# Alle BSC mit der Ausnahme Russlands weisen eine Nettoemigration auf;

besonders stark ist die Nettoemigration in Armenien und Georgien: Schätzungen für 2009 sehen diesen Indikator für Armenien bei -6,7/1.000 Einwohner, in Georgien sogar bei -10,8/1.000 Einwohner. Azerbaijan (-2,25/1.000) und Moldova (-1,13/1.000). Die Ukraine hat beinahe ein ausgeglichenes Saldo (-0,11/1.000); Russland weist eine leichte Nettoimmigration auf (+0,28/1.000). Die Türkei verzeichnet derzeit eine Nettoabwanderung (-0,7/1.000).

Tabelle 7: Nettomigration in den 2006–2008<sup>8</sup>

# Nettowanderung Armenien -6,70 Azerbaijan -2,25 Georgien -10,8 Russland 0,28 Ukraine n.a. Moldova -1,13 Türkei -0,70

Quelle: IOM, Country Profiles (www.iom.org), Zugriff 11.2.2010 Armenien (2006), Georgien (2008), Azerbaijan (2007), Moldova (2007), Türkei (2006), Russland (207)

.

CIA World Factbook (online version, <a href="https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/index.html">https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/index.html</a>), Zugriff am 11.2.2010.

<sup>&</sup>lt;sup>8</sup> Ebda.

## Abschnitt 2: Innenpolitische Konfliktkonstellationen und Stabilitätsrisiken

In diesem Abschnitt werden die innenpolitischen Konfliktlagen und -konstellationen Armeniens, Georgiens, Azerbaijans, der Ukraine und von Moldova untersucht. Referenzrahmen der Bewertung ist dabei nicht ein normatives Demokratiemodell; vielmehr werden Ermöglichungsbedingungen für politische Stabilität, Erosionsrisiken uns mögliche negative spill-over Effekte innerer Krisen auf andere Staaten der Region untersucht werden. Die Lage in der Ukraine ist dabei besonders zu untersuchen, aber auch von Moldova als unmittelbar am EU-Raum gelegenem Land. Die Untersuchungen zu den südkaukasischen Staaten werden in geringerer Dichte durchgeführt.

Bearbeitet werden in diesem Abschnitt die institutionellen Rechtsgrundlagen der Staaten, die Elitenstrukturen, die Parteien, die medialen Konstellationen und die Verflechtung zwischen finanz-industriellen Holdings und der politischen Führungsebene. In manchen Ländern ist darüber hinaus ethnisch oder sprachlich motivierter Sezessionismus, religiöse Konfliktlinien und Minderheitenrechte zu untersuchen. In Georgien und in Moldova werden die Sezessionskonflikte in Abchasien, Südossetien und in Transnistrien beleuchtet.

In den meisten BSC ist die wahrgenommene Korruption im öffentlichen Sektor enorm und endemisch. In Azerbaijan, Armenien, der Ukraine und Russland sind die CPI-Werte auf sehr niedrigem Niveau relativ stabil; die Fluktuation ist in Moldova stärker. Eine deutliche Absenkung der Korruption ist in Georgien (nach der 'Rosenrevolution' 2003) und in der Türkei (seit 2005, zuvor waren die Werte deutlich abgesunken) zu beobachten.

Tabelle 8: Die Korruption im öffentlichen Sektor, BSC 2001–2009

	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Azerbaijan	2,0	2,0	1,8	1,9	2,2	2,4	2,1	1,9	2,3
Armenien	n.a.	n.a.	3,0	3,1	2,9	2,9	3,0	2,9	2,7
Georgien	n.a.	2,4	1,8	2,0	2,3	2,8	3,4	3,9	4,1
Moldova	3,1	2,1	2,4	2,3	2,9	3,2	2,8	2,9	3,3
Russland	2,3	2,7	2,7	2,8	2,4	2,5	2,3	2,1	2,2
Ukraine	2,1	2,4	2,3	2,2	2,6	2,8	2,7	2,5	2,2
Türkei	3,6	3,2	3,1	3,2	3,5	3,8	4,1	4,6	4,4

Source: Transparency International (www.transparency.org)

### **Armenien**

In **Armenien** (Hajastani Hanrapetutjun) gewährt die Verfassung von 1995 i.d.F. von 2005 dem Staatspräsidenten eine starke Stellung; das unikamerale Parlament ist verfassungsrechtlich marginalisiert. Staatspräsident **Serž Azati Sargsyan**, 1954 in Stepanakert (Berg-Karabach) geboren, wurde im Februar 2008 gewählt; er war von 1993 bis 2007 Verteidigungsminister des Landes, zuvor Anführer der Selbstverteidigungskräfte von Berg-Karabach. Präsident K'oč'aryan hatte nach den Präsidentenwahlen 2008 Demonstrationen der Opposition um den früheren Staatspräsidenten Levon Ter-Petrosyan – Anführer des 'Armenischen Nationalkongresses HAK – am 1. März 2008 gewaltsam niedergeschlagen; 10 Demonstranten wurden getötet.

Mit Sargsyan übernimmt erneut ein 'Armenier aus Karabach' das zentrale Staatsamt; schon 1998 war mit Robert K'oč'aryan ein Sezessionist aus Berg Karabach in das Präsidentenamt Armeniens gewählt worden. 10 Sargsyan stützt sich wie sein Vorgänger auf Polizei und Streitkräfte, die auch dazu dienen, oppositionelle Akteure einzuschüchtern und zu drangsalieren. Die armenischen Streitkräfte zählen mindestens 47.000 Soldaten; offizielle Angaben dazu gibt es aber nicht. Dazu kommen paramilitärische Formationen mit einer Personalstärke von ca. 5.000 Mann. Der Militärhaushalt Armeniens ist in den letzten drei Jahren gewachsen: von 2.87 Prozent (2006) und 3.13 Prozent (2007) auf **3.32 Prozent in 2008**<sup>11</sup> – und liegt damit derzeit über dem Militärhaushalt Azerbaijans in 2008 (3.23 Prozent). Allerdings ist die Truppenstärke Azerbaijans mit 67.000 Soldaten deutlich über der Armeniens. Der informelle Einfluss der (para-)militärischen Eliten auf die Regierungsgeschäfte in Armenien ist äußerst stark. Die Herrschaftsausübung ist aber stark personalisiert; institutionelle Strukturen sind hingegen schwach ausgeprägt.

Die Regierung bildeten bis April 2009 (neben zwei weiteren kleinen Parteien) die "Republikanische Partei Armeniens" (HHK), in der Regierung seit 1999, und die "Armenische Revolutionären Föderation – Dazhnakzutjun" gebildet. Die Dazhnakzutjun ist die bestimmende Kraft der armenischen Diaspora (3-6 Millionen, konzentriert in den USA, Frankreich, Russland und

a

Die Wahlen waren von Unregelmässigkeiten gekennzeichnet, die blutig niedergeschlagene Massenproteste auslösten. Erst im Juni 2009 wurden zahlreiche Oppositionelle amnestiert und aus dem Gefängnis entlassen.

K'oč'aryan war 1994–1997 ,Präsident' von Berg Karabach und 1997–1998 Ministerpräsident Armeniens. 1998 bis 2008 war er Staatspräsident Armeniens.

<sup>11</sup> IISS, The Military Balance 2009 (online-Version S. 463)

Libanon) und hat das Kabinett aus Protest gegen die Annäherung Sargsyans an die Türkei im April 2009 verlassen. <sup>12</sup> **Gegen** den **Ausgleich mit der Türkei** mobilisiert aber auch die Bewegung Zharangutyun ('Erbe') des früheren Außenministers Hovanisyan und gegen Teile der Konzessionen Sergsyans (siehe unten) die oppositionelle HAK des früheren Staatspräsidenten Ter-Petrosyan; ein Bündnis der HAK mit Dazhnak in dieser Frage scheitert aber daran, dass Ter-Petrosyan während seiner Präsidentschaft (1990–1998) die Dazhnak zeitweilig verboten und einige ihrer Aktivisten inhaftiert hatte.

Die Haltung zur Türkei und die Regelung der Karabach-Frage sind die beiden zentralen Stabilitätsrisiken für die armenische Innenpolitik: Die von Sargsyan vorangetriebene<sup>13</sup>, und in Armenien (und der armenischen Diaspora) sehr umstrittene, Annäherung an die Türkei<sup>14</sup> droht zu scheitern. Im September 2008 hatte der türkische Staatspräsident Armenien besucht. 15 In der Türkei wird diese Linie vor allem durch Außenminister Davutoğlu unterstützt. Am 10. Oktober 2009 hatten sich die Türkei und Armenien in zwei Protokollen grundsätzlich auf die Aufnahme diplomatischer Beziehungen und die Öffnung der, seit 1993 abgeriegelten, gemeinsamen **Grenze** innerhalb von zwei Monaten nach der Ratifikation der Protokolle. 16 Armenien stimmt dafür der Einrichtung einer bilateralen Historikerkommission zu, die die Genozidanwürfe der armenischen Seite untersuchen soll (wogegen sich vor allem der Widerstand der HAK konzentriert) und anerkennt die bestehenden Grenzen zwischen beiden Staaten. Diese waren 1921 zwischen der Sowjetunion und der Türkei vereinbart worden.

Die Protokolle drohen aber zu scheitern, weil die türkische Regierung die Ratifizierung weiterhin an Fortschritte bei der Lösung der Karabach-Frage

Die Dazhnakzutjun fordert noch immer die "Vereinigung Armeniens" nach den Bestimmungen des Friedensvertrages von Sèvres, d.h. den Anschluß der nordostanatolischen Gebiete der Türkei.

Sargsyan sieht nicht zuletzt auch eine Möglichkeit, sein internationales Ansehen, das durch die gewalttätige Niederschlagung der Proteste gegen die Wahlfälschungen bei den Präsidentenwahlen 2008 gelitten hatte, zu verbessern.

Die Türkei hatte bereits im August 1998 mit der Initiative 'Plattform der Stabilität und Sicherheit im Kaukasus' begonnen, eine aktivere Rolle in der Konfliktregelung in der Region zu spielen.

Gül hat auf Einladung des armenischen Präsidenten Sargsyan einem Fussballspiel zwischen der Türkei und Armenien beigewohnt; der Annäherungsprozess zwischen beiden Staaten wird daher auch als "Fussball-Diplomatie" bezeichnet.

Die Türkei hatte die Grenzen zu Armenien geschlossen, nachdem armenische Truppen im April 1993 begonnen hatten, ihre militärischen Aktionen in azerbaijanische Regionen außerhalb von Berg-Karabach auszudehnen.

verknüpft – das ist zunächst der Abzug der armenischen Truppen aus den 7 azerbaijanischen Provinzen mit Ausnahme von Berg Karabach; dies bestätigte zuletzt der türkische Ministerpräsident Erdogan bei seinem Besuch in den USA am 7. Dezember 2009 und betonte dies erneut am 18. April 2010 - unmittelbar vor dem Erinnerungstag der Armenier an den Genozid 1915 (24. April). Die grundsätzlich getrennte Lösung der beiden Fragen wird hingegen von den USA und Russland unterstützt. Belastet wurde die Umsetzung der Protokolle durch ein Urteil des armenischen Verfassungsgerichtes am 12. Jänner 2010, dass die Unabhängigkeitserklärung des Landes von 1990, in dem die internationale Anerkennung des 'Genozids' an den Armeniern im 'Osmanischen Reich und in Westarmenien' gefordert wird, nicht berührt werde (Art. 11).

Die nationalistische Entgleisung Erdogans in einem Interview mit der BBC am 16. März 2010, mit der Ausweisung illegaler armenischer Arbeiter zu drohen, hat den Annäherungsprozess zusätzlich belastet. Überdies hatte die auf Betreiben armenischer Diasporaorganisationen erfolgte Einstufung der Armenier'vertreibung' als Genozid durch den Reichstag Schwedens und das Foreign Affairs Committee des US House of Representatives (HoR) am 4. März 2010 in der Türkei für heftige Proteste gesorgt; die Türkei hat ihren Botschafter für einige Wochen aus Washington abgezogen. Allerdings vertreten Experten die Ansicht, die Obama Administration könnte einen Beschluss des Plenums des HoR als Gegenleistung für die Ratifikation der Protokolle durch die Türkei verhindern. 17 Auch hat Obama am Erinnerungstag an den Genozid am 24. April – erneut darauf verzichtet, den Terminus ,Genozid' zu verwenden. Am 22. April 2010 schließlich hat sich die armenische Regierung entschlossen, den Ratifizierungsprozess ,einzufrieren', aber nicht zu annullieren. Beobachter rechnen nicht damit, dass dieser Prozess vor den türkischen Parlamentswahlen, die für 2011 angesetzt sind, wieder aufgenommen wird. Die nationalistische MHP kritisiert die von der AKP vorangetriebene Annäherung lautstark.

Aufgrund der geschlossenen Grenzen mit der Türkei und Azerbaijan ist Armenien auf die **offenen Grenzen zu Georgien und Iran** angewiesen. Das bilaterale Verhältnis zwischen Georgien und Armenien ist ausgezeichnet. Der Warenverkehr wird überwiegend über die georgischen Häfen Poti und Batumi betrieben. Auch die armenischen Straßenverbindungen nach Georgien werden derzeit ausgebaut. Armenien wickelt über Georgien seinen **Handel mit Russland** ab; die Öffnung des seit 2006 gesperrten Grenzüberganges Kazbegi-Lars im März 2010 ist für Armenien von immenser

\_

Danielyan, Emil. US House Vote Adds New Twist to Turkey-Armenia Diplomacy. In: Eurasia Daily Monitor 47, 10. März 2010 (online-Version).

Bedeutung, zumal andere Transitrouten für armenische Unternehmen wesentlich höhere Kosten bringen. Aber auch mit der Türkei ist der Handel Armeniens angewachsen. Der Warenwert lag 2009 bei 200 Mio. USD; abgewickelt wird der Handel über Georgien. Einfuhrpreise und Transportkosten könnten durch eine Öffnung der armenisch-türkischen Grenze deutlich gesenkt werden.<sup>18</sup>

### Moldova

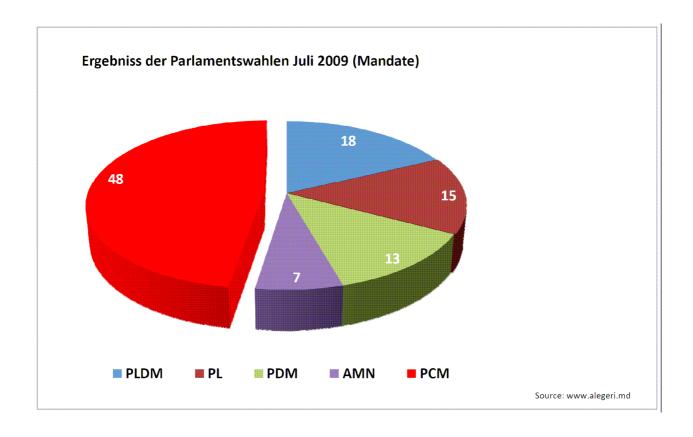
Nach den Parlamentswahlen vom 5. April 2009 aus denen die 'Partei der Kommunisten Moldovas' (PCM) erneut als deutlicher Wahlsieger hervorgegangen war (60 der 101 Mandate) eskalierten die **inneren Spannungen** mit Demonstrationen der unterlegenen Parteien.

In den Parlamentswahlen am 29. Juli 2009 konnte sich die erneut die relative Mehrheit der Mandate<sup>19</sup> sichern (48 von 101, 44,7 Prozent der Wählerstimmen), war aber nicht in der Lage eine Mehrheitsregierung zu bilden; seit 2001 hatte die PCM das Land regiert. Die Regierung wurde von einer losen Koalition ('Allianz für Europäische Integration') aus der 'Liberalen Partei', der 'Liberal-Demokratischen Partei' (PLDM), die 'Demokratische Partei' und 'Allianz 'Unser Moldova' (Moldova Noastra), die mit 53 Mandaten die absolute Mehrheit hält. Allerdings konnte diese Koalition das Amt des Staatspräsidenten nicht besetzen, weil die Verfassung von Moldova aus 1994 dafür eine parlamentarische Mehrheit von 61 der 101 Mandaten fordert. Der seit 2001 amtierende Staatspräsident Vladimir Voronin (PCM) ist am 11. September 2009 zurückgetreten. Nachdem die PCM die Unterstützung eines Kandidaten der Koalition verweigert – angetreten ist der Vorsitzende der 'Demokratischen Partei' Marian Lupu (ehemals Mitglied der PCM) – , bleibt die Funktion derzeit unbesetzt. Die Amtsbefugnisse des Staatspräsidenten werden daher derzeit kommissarisch durch den Parlamentsvorsitzenden Mihai Gimpu wahrgenommen. Nachdem der fünfte Versuch am 7. Dezember 2009 gescheitert war, wäre das Parlament nach den geltenden Verfassungsregeln aufzulösen; andererseits untersagt die Verfassung, das Parlament mehr als einmal pro Jahr aufzulösen. Moldova ist dadurch in eine schwere Verfassungskrise geraten.

\_

De Waal, Thomas. Armenia and Turkey: Bridging the Gap. In: Carnegie Endowment for International Peace (CEIP) Policy Brief 87, (April) 2010, S. 3.

Die PCM hält seit den Parlamentswahlen 1998 die relative Mehrheit im moldovischen Parlament.



Die Regierung – Ministerpräsident ist der 1969 geborene Vladimir Filat (seit 25. September 2009) von der Liberal-Demokratischen Partei – ist instabil. Dies liegt in ideologischen Differenzen begründet, die durch die massiven Auswirkungen der wirtschaftlichen und finanziellen Krise verschärft werden. Die Verfassungskrise hat die Spannungen innerhalb der Regierungskoalition verschärft: während die PL durch ein Referendum zur Jahresmitte 2010 die Verfassung verändern (Wahl des Staatspräsidenten durch eine absolute Mehrheit der Abgeordneten) und damit die Auflösung des Parlaments verhindern wollte, setzte sich die PDLM für Neuwahlen ein. Letztlich musste die PL nachgeben, nachdem auch die 'Venedig-Kommission' des Europarates und die Europäische Kommission signalisiert hatten, dieses Vorhaben abzulehnen. Auch Ministerpräsident Filat unterstützt diese Linie. Nun sind vorgezogene Parlamentswahlen im Herbst 2010 sehr wahrscheinlich; die Rückkehr der PCM zur Macht ist dabei nicht ausgeschlossen. Angesichts der angespannten wirtschaftlichen und sozialen Lage, die zu steigender Unzufriedenheit in der Bevölkerung führt, würde die derzeitige Regierungskoalition bei vorgezogenen Wahlen aber wohl die parlamentarische Mehrheit verlieren.

Noch immer aber wird erwogen, eine 'schmale Verfassungsänderung' vorzunehmen, mit der lediglich die Volkswahl zum Amt des Staatspräsidenten eingeführt werden soll.

Die koalitionären Konflikte rühren aber nicht nur von unterschiedlichen Haltungen zur Lösung der Verfassung her; ebenso wichtig sind die **rivalisierenden Ambitionen auf das Präsidentenamt** zwischen Lupu, Filat und Urecheanu (AMN).

Die PDLM besetzt durch eine aggressive Personalpolitik führende Funktionen in der staatlichen Verwaltung und vernetzt sich mit den führenden Unternehmen des Landes. Die PDM des charismatischen Marian Lupu, wiewohl schwächer vernetzt, könnte bei Neuwahlen aber dennoch zur führenden Kraft der Regierungskoalition werden.<sup>20</sup> Die AMN würde bei Neuwahlen sehr wahrscheinlich nicht mehr im Parlament vertreten sein.

Angesichts der obstruktiven Haltung der PCM wäre derzeit eine **alternative Mehrheitsbildung nach Parlamentsneuwahlen wohl kaum möglich**.

Ein wesentlicher Grund für die Spannungen zwischen der PCM und (Teilen) der Regierungskoalition ist das **Verhältnis zwischen Moldova und Rumänien**. 69,6 Prozent der Bevölkerung bezeichneten sich bei der Volkszählung 2004 als 'Moldavier', nur 1,9 Prozent als Rumänen. <sup>21</sup> Die **PL** aber hat eine offene pro-rumänische **irredentistische Agenda** und fordert, die rumänische Sprache zur Staatssprache zu erklären; bisher ist Moldavisch die Staatssprache. Mihai Gimpu, immerhin amtierender Staatspräsident, erklärte am 1. Dezember 2009, dem Nationalfeiertag Rumäniens, Moldova sei ein 'Land von Rumänen'.

Fazit: Moldova wird von einer instabilen Koalition regiert, die in der Verfassungskrise und in der rumänischen Irredentabewegung deutliche Bruchlinien aufweist. Angesichts der harten sozialen Folgen der wirtschaftlichen und finanziellen Krise ist auch die Zustimmung der Bevölkerung zur Regierung eingebrochen. Die politische Instabilität wird in Moldova andauern.

# Azerbaijan

-

Russland drängt dem Vernehmen nach die PCM, die Wahl von Lupu als Staatspräsident zu unterstützten. Lupu wird als Option gesehen, bei der Annäherung Moldovas an die EU auch russische Interessen zu berücksichtigen.

Die zahlenstärksten Minderheiten sind die Ukrainer (11,2 Prozent), die Russen (9,4 Prozent) und die Gagauzen (3,9 Prozent).

Azerbaijan (Azərbaycan Respublikası) wird von **Staatspräsident Ilham Aliev** (seit 2003 im Amt) autoritär geführt; sein Vater Heidar Aliev war seit 1993 Staatspräsident gewesen und repressive staatliche Strukturen errichtet; Azerbaijans Machtelite ist gleichsam dynastisch geprägt. Die Präsidentenpartei ,Neues Azerbaijan' (Yeni Azərbaycan Partiyası) verfügt zwar nur über eine relative Mehrheit von 44,8 Prozent der Mandate; allerdings sind die 40 unabhängigen Abgeordneten nahezu geschlossen regierungstreu. 2010 wird das unikamerale Parlament neu gewählt. Die stärksten oppositionellen Fraktionen sind die 'Partei der Hoffnung' (Ümud Partiyası) unter der Führung von Igbal Agazade, die Musavat und die nationalistisch-pantürkische 'Volksfront Azerbaijans' (Azerbaijzhan Khalg Dzhebkhesi Partiiasy, AkhDzhP). Allen Gruppierungen gemeinsam mangelnde programmatische Kohärenz; sie sind vielmehr informelle klientelistische Netzwerke mit einem sehr starken Personalisierungsfaktor.

Die Verfassung aus 1995 räumt der präsidialen Exekutive die zentrale Machtstellung ein. In einem Referendum 2009 wurde die Amtszeitbeschränkung für Staatspräsidenten aufgehoben; 2013 kann sich Aliev auch nach zwei Amtszeiten erneut um das präsidiale Amt bewerben. Aliev kontrolliert Azerbaijan durch ein austariertes Netzwerk loyaler regionaler Eliten, die ihren Herrschaftsbereich paternalistisch und klientelistisch verwalten. Dies gilt besonders für den finanziell lukrativen Ölund Gassektor Azerbaijans. Nepotismus und systemische Korruption (s. Tabelle oben) können als konstitutives Merkmal dieser Ordnung angesehen werden. Formale Institutionen treten hinter die stark personalisierte staatliche Macht zurück.

Ilham Aliev war in seiner Macht lange durch die alten Elitenkartelle seines Vaters eingehegt; erst in den letzten Jahren konnte Aliev langsam eine eigene, autonome Machtbasis schaffen. Der direkte Zugriff Alievs auf die staatliche Ölgesellschaft SOCAR und den Ölfonds erlaubt dem Präsidenten, sich selbst und seine Familie zu bereichern, aber auch Pfründe an seine Anhänger zu verteilen.

In den letzten Jahren wurde die **Medienfreiheit stark eingeschränkt** und die Lage von Journalisten hat sich stark verschlechtert. <sup>22</sup> 2005 wurde der regierungskritische Journalist Elmar Huseynov. Erst im Dezember 2009 wurde der regierungskritische Journalist **Ejnulla Fatullajev** erneut verhaftet; der Prozess gegen ihn hat im April 2010 begonnen; am 22. April 2010 forderte der Europäische Menschenrechtsgerichtshof die Enthaftung Fatullajevs. Dies erreichte auch die blogger-Aktivisten im Internet, bislang ein wesentlicher Freiraum regierungskritischer Diskussion; immer häufiger werden dissidente Aktivisten verhaftet und verurteilt. Im Dezember 2009

\_

Das Europäische Parlament hat diese Entwicklung in einer Resolution am 17. Dezember 2010 scharf kritisiert.

wurden die beiden blogger **Emin Milli** und **Adnan Hajizada** verhaftet. Dazu kommen aber auch gewalttätige Übergriffe bis hin zu offensichtlich politisch motivierten Morden an oppositionellen NGO's. Ausländischen Radiostationen ist es mittlerweile verboten, auf lokalen UKW Rundfunkfrequenzen zu senden. Der private Zugang zu ausländischen Fernsehstationen wie der BBC, RFE/RL oder Voice of America wurde radikal eingeschränkt.

Zur Verfolgung von dissidenten Aktivisten wird der gut bezahlte und ausgebildete **Polizeiapparat** verwendet; seine Effizienz konnte er bei der Niederschlagung der Proteste gegen die manipulierten Parlamentswahlen 2005 'eindrucksvoll' beweisen. Aber auch die Streitkräfte des Landes werden nachhaltig ausgerüstet und –gebildet, wiewohl deren Aktionsfeld natürlich die von Armenien besetzten Gebiete Azerbaijans wären.

## Georgien

Der nach der 'Rosenrevolution' 2003 gewählte Staatspräsident Mikheil Saakashvili kann als durchaus umstrittene Führungspersönlichkeit bewertet werden. Sakkashvili wurde im Jänner 2004 mit 96 Prozent der Wählerstimmen zum Staatspräsidenten gewählt und konnte mit seiner ,Vereinigten Nationalbewegung' (Ertiani Nazionaluri Modsraoba, ENM), der sich Nino Burjanadze und Zhurab Zhvania, ebenso führende Akteure der Rosenrevolution, angeschlossen hatten, auch das Parlament kontrollieren. Die verfassungsrechtlich durch mehrere Revisionen ohnehin in der Exekutive konzentrierte Macht wurde durch die gleichzeitige Verfügungsmehrheit über die Legislative noch verstärkt. <sup>23</sup> Der Präsident erhielt das Recht, das Parlament aufzulösen und dem Parlament wurde indirekt das Budgetrecht entzogen. Auch das Wahlrecht wurde wiederholt zugunsten der ,Staatspartei' abgeändert. Derzeit wird am Entwurf einer neuen Verfassung – die geltende, mehrfach novellierte Verfassung stammt aus 1995 – gearbeitet.

Saakashvili's Kabinette haben umfassende wirtschaftliche Reformen eingeleitet, die zwar zu einer deutlich verbesserten makroökonomischen Lage geführt haben, aber die soziale Situation vieler Haushalte nicht

\_

Grundgesetz umgebaut.

Saakashvili hat die Verfassung von 1995, die eine Balance zwischen den staatlichen Institutionen gesichert hatte, durch mehrere Novellierungen – seine ,Vereinigte Nationalbewegung' verfügt über eine Verfassungsmehrheit – zu einem präsidialzentrierten

verbessert hat. Deutliche regionale und soziale Unterschiede der Haushaltseinkommen nähren die Unzufriedenheit mit der Regierung.

In den letzten Jahren hat sich das Lager der 'Rosenrevolutionäre' immer stärker fragmentiert und ist ab 2007/08 gänzlich auseinandergebrochen. Aber auch die Fluktuation innerhalb des Kabinetts ist in den letzten 2 Jahren sehr stark. Die Amtszeit der Minister in den Schlüsselressorts wird immer kürzer, die Zerwürfnisse der führenden Akteure in der Regierung mit Saakashvili häufiger.

Die innenpolitische Zäsur waren die gewaltsam niedergeschlagenen Demonstrationen oppositioneller Organisationen und die Verhängung des Ausnahmezustandes durch die Regierung Saakashvili im November 2007. Die vorgezogenen Wahlen zum Präsidentenamt im Jänner 2008 wurden erheblich manipuliert, nicht zuletzt durch die beschränkte Medienfreiheit regierungskritischer elektronischer Medien: die Einrichtung des regierungskritischen Fernsehsenders Imedi wurde zerstört; sein Eigentümer Patarkatsishvili verstarb im Februar 2008.

Saakashvili erhielt nach dem offiziellen Endergebnis bei den Präsidentenwahlen im Jänner 2008 53,5 Prozent der Wählerstimmen; der Gegenkandidat der MES (siehe unten) 26,7 Prozent. Ähnliche Unregelmäßigkeiten waren auch bei den Parlamentswahlen im Mai 2008 zu verzeichnen, aus der die ENM Saakashvili's erneut mit einer Verfassungsmehrheit hervorgegangen ist.

Nach den Ausschreitungen im November 2007 hat sich die Opposition zur ,Bewegung für ein Vereintes Georgien' (Modsraoba Ertiani Sakartwelostwis, MES) – gegründet durch den früheren Innen- und Verteidigungsminister Okruashvili<sup>24</sup> – zusammengeschlossen. Der gemeinsame Kandidat bei den Präsidentenwahlen Gachechiladze ist Saakashvili aber mit 26 Prozent der Wählerstimmen unterlegen. Die georgische Opposition ist aber noch immer stark fragmentiert und ideologisch sehr heterogen. Zu den führenden Akteuren zählt die Koalition 'Allianz für Georgien' des früheren Botschafters Georgiens bei den VN Irakli Alasania und die im Parlament vertretene Christlich-Demokratische Partei. Auch fehlt eine charismatische, lagerübergreifende Führungsfigur.

Zuletzt zerstritten sich die oppositionellen Gruppen über die Übereinkunft der Bewegung 'Für ein gerechtes Georgien' unter der Führung des früheren Ministerpräsidenten Noghaideli (2005–2007) mit der russländischen Staatspartei 'Geeintes Russland'. Auch Nino Burjanadze hat mit ihrem Besuch in Moskau im März 2010 versucht, der konfrontativen Haltung von Saakashvili gegenüber Russland eine Haltung des Ausgleichs entgegen zu setzen. Burjanadze hatte Saakashvili für den Angriff auf Tskhinvali am

Okruashvili ist seit Jänner 2008 im Exil in Frankreich.

8. August 2008, der den Einmarsch der russischen Streitkräfte ausgelöst hatte, scharf kritisiert. Im April 2010 suchten auch die Vorsitzenden der Konservativen Partei und der Volkspartei Kontakte zur russischen Führung auf. Scharfer Kritiker an dieser Linie aus der Opposition ist der frühere Botschafter Georgiens bei den VN – Irakli Alasania.

Umstritten ist aber auch, inwiefern **Saakashvili** nicht doch eine gewisse **mentale Instabilität** aufweist, die Berechenbarkeit und Kohärenz der Regierungsarbeit untergräbt. Nicht zuletzt die Anzeichen erratischer emotionalisierter und aktionistischer Regierungsführung macht Saakashvili zu einer enorm polarisierenden Gestalt der georgischen Politik. Letztlich blieb die Führungsstellung Saakashvili's trotz seiner unrühmlichen Rolle im russisch-georgischen Krieg vom August 2008 aber erhalten; zu sehr sind seine Gegner gespalten und zu ungleich sind die Wettbewerbsbedingungen angesichts der medialen Vormachtstellung des Präsidenten.

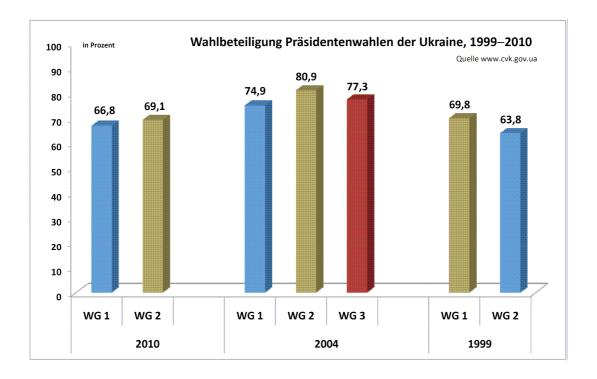
### Ukraine

V. Janukovič hat sich am 7. Februar 2010 in den Stichwahlen zum Amt des Staatspräsidenten mit 48,96 Prozent gegen J. Timošenko (47,45 Prozent) durchgesetzt. Die heftige Auseinandersetzung zwischen 'orangen' und 'blauen' Vertretern hat die Wähler aber sehr viel weniger mobilisiert, als bei den außerordentlich polarisieren Wahl 2004. Die Wahlbeteiligung von 69,1 Prozent im 2. Wahlgang war deutlich niedriger als 2004 (80,9 Prozent, annullierter 2. Wahlgang; 77.3 Prozent Wiederholungswahl), aber auch als 1999 (73,8 Prozent). Die mediale Debatte im Vorfeld der Wahlgänge war offen, pluralistisch und weitgehend fair gewesen; auch die zivilgesellschaftliche Teilhabe war hoch. Darin zeigt sich erneut die Ausnahmestellung der Ukraine im post-sowjetischen Raum.

Grafik 1: Wahlbeteiligung bei Präsidentenwahlen in der Ukraine, 1999–2010

 $be unruhigen des \ Pers\"{o}nlichkeits profil\ Saakashvili's\ gelten.$ 

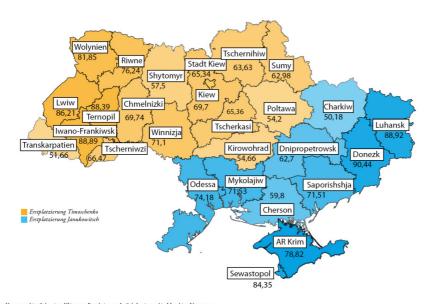
Die mutmassliche Verwicklung Saakashvili's in die Sendung des von seinem Bündnispartner Arveladze geführten privaten Fernsehsenders Imedi über die angebliche Invasion russischer Streitkräfte in Georgien und die Ermordung Saakashvili's am 13. März 2010, kann erneut als



In der Verteilung der Wählerunterstützung für Timošenko und Janukovič sind erneut die regionale Bruchlinien zwischen der östlichen und südöstlichen Ukraine zum einen, der westlichen und zentralen Ukraine zum anderen zu sehen. Bislang konnte keine politische Führungsfigur die linguistisch-kulturelle Bruchlinie überwinden. Ansätze dazu bei den Wahlen zur Verchovna Rada der Ukraine, als Timošenko auch in der östlichen Ukraine beachtliche Zustimmungswerte erzielen konnte, sind wieder verschwunden. S. Tihipko, der mit 13,4 Prozent der Wählerstimmen den dritten Rang im 1. Wahlgang (17. Jänner 2010) erreicht hatte, konnte allerdings in beiden Landes'teilen' Wähler mobilisieren.

Die Überwindung der Spaltung des Landes bleibt damit die vordringliche Aufgabe des state-building in der Ukraine. Allerdings gilt es zu vermerken, dass derzeit keine sezessionistisch-separatistischen Kräfte auszumachen sind; ein Auseinanderbrechen der Ukraine ist nicht zu befürchten.

Grafik 2: Regionale Verteilung der Wählerstimmung im 2. Wahlgang der Präsidentenwahlen 2010



Kartographie: Sebastian Klüsener, Bearbeitung: Judith Janiszewski, Matthias Neumann Quelle: Zentrale Wahlkommission, cvk.gov.uo

Quelle: Karte aus Ukraine-Analysen 68, (9.2.) 2010, S. 6.

Trotz der Aussagen der Beobachter der OSZE, dass die beiden Wahlgänge als demokratisch zu bewerten wären. Die Haltung von Timošenko, die Wahl von Janukovič wegen angeblicher Wahlfälschungen (die von den Beobachtern der OSZE nicht bestätigt werden) nicht anzuerkennen, muss aber als erhebliche Hürde für die Aussöhnung der beiden Lager – unterschiedlichen kulturellen, linguistischen und sozialen Milieus mit unterschiedlicher Geschichte – angesehen werden.

In der Ukraine konnte sich rasch nach der **Wahl von V. Janukovič** eine neue Regierungsmehrheit aus der 'Partei der Regionen', des 'Blok Lytvin' und der 'Kommunistischen Partei der Ukraine' bilden. Zusammen mit fraktionslosen Abgeordneten wurde Mykola Azarov am 11. März 2010 zum Ministerpräsidenten ernannt. Die Mehrheitskoalition in der Obersten Rada (Verchovna Rada) ist aber instabil. <sup>26</sup> In der Regierung sind drei verschiedene Elitennetzwerke aus der östlichen Ukraine, der Region Donezk, vertreten. Die Regierung Azarov steht unter einem erheblichen Erwartungsdruck der Wähler aus der östlichen und südöstlichen Ukraine: diese richten sich zwar auch auf kulturell-linguistische Ziele (insbesondere die Anerkennung der russischen Sprache als zweite Staatssprache), vor allem werden rasche staatliche soziale Stützungsleistungen (Mindestlöhne, Pensionen, Arbeitsmarktmaßnahmen) erwartet und höhere Preise für kommunale Dienstleistungen (Elektrizität, Gasversorgung, Wasser) abgelehnt.

Zum **regionalen Binnenbruch in der Ukraine** kommt als destabilisierender, effizienzlähmender Faktor die derzeit **mögliche verfassungsrechtliche** 

-

 $<sup>^{\</sup>rm 26}$   $\,$   $\,$  Ihr gehören nur 242 der 450 Abgeordneten der Verchovna Rada an.

Blockade zwischen der Exekutive und der Rada, aber auch innerhalb der Exekutive zwischen dem Staats- und dem Ministerpräsidenten. Die Verfassung aus 2006 war das Ergebnis einer Machteilung, die in den Verhandlungen zwischen dem orangen Lager um V. Juščenko und Staatspräsident Kučma am 8. Dezember 2004 vereinbart wurde. Angesichts des damals erwarteten Wahlsieges von Juščenko im wiederholten 2. Wahlgang, drängte das 'blaue Lager' darauf, die Kompetenzen des Staatspräsidenten zu verringern. Dazu kommt, dass in vielen Bereichen die Kompetenzverteilung zwischen den staatlichen Institutionen unklar und deutungsoffen ist. Nachdem aber weder das 'blaue' noch dass 'orange' Lager (oder dessen Restbestände) in der Lage sind (und auf absehbare Zeit auch nicht sein werden), eine absolute Mehrheit in der Rada zu erreichen, Regierungsmehrheiten damit immer auf Koalitionen mehrerer Parteien beruhen werden, muss davon ausgegangen werden, dass das Risiko des Stillstands und der institutionellen Blockade auch in den nächsten Jahren anhalten wird. Dies umso mehr, als die derzeitige Fragmentierung des Parteiensystems anzuhalten scheint.

Wenn sich beide Faktoren - regionale Teilung und Verfassungsblockade - überlagern, droht fortgesetztes ineffizientes Regierungshandeln und Reformblockade. Organstreitigkeiten können aber zumeist auch nicht durch Gerichte, allen voran das Verfassungsgericht, gelöst werden, weil deren Unabhängigkeit im politischen Machtkampf derzeit nicht als gegeben angesehen werden kann. Zur fehlenden Rechtsbindung der Gerichtsurteile, kommt deren Bestechlichkeit; die Korruption ist in der Ukraine aber auch für die Staatsverwaltung als systemisch anzusehen.

Neben den strukturellen und institutionell-rechtlichen Faktoren kann als weiteres Moment für die anhaltende innenpolitische Instabilität das Verhalten der Führungseliten der Ukraine angesehen werden. Die mangelnde Bereitschaft, den Ausgleich zwischen den rivalisierenden Interessen zu finden und die enge Verflechtung zwischen politischen und wirtschaftlichen Akteuren, hemmt nicht durch effizientes Regierungshandeln sondern untergräbt die Legitimität der bestehenden politischen Strukturen. Es ist aber nicht zu erwarten, dass die genannten Blockademomente eine nachhaltige und deutliche Abschwächung der Zufriedenheit der ukrainischen Bevölkerung mit der Demokratie als Regierungsform ('Systemzufriedenheit') nach sich ziehen wird.

Im Bereich der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik befindet sich die Regierung Azarov in einem Dilemma: weitere Zahlungen des IMF an die Ukraine sind ohne eine realistische und restriktive Budgetplanung nicht zu erwarten. Ausgabenkürzungen werden aber die Zustimmung zur Regierung deutlich verringern und könnten die Kommunisten dazu bewegen, die Regierungskoalition zu verlassen. Im November 2009 hatte der IMF der

Ukraine ein **Kreditvolumen von 16.4 Mrd. USD** zugesagt. Die Zahlungen wurden im Dezember ausgesetzt, nachdem die ukrainische Regierung die Kreditauflagen mehrfach verletzt hatte.

Durch die beiden "Charkiv Protokolle" über billigeres russländisches Gas an die Ukraine und einer Verlängerung des Stationierungszeitraumes der Schwarzmeerflotte Russland in Sevastopol kann die ukrainische Regierung die staatlichen Ausgaben deutlich absenken. Der Ende April von der Verchovna Rada gebilligte Staatshaushalt für 2010 sieht daher nur mehr ein Budgetdefizit von 5,6 Prozent des ukrainischen BIP vor. Damit ist eine Aufstockung des IMF-Kredits sehr viel wahrscheinlicher geworden.

## Abschnitt 3: Regionale militärische Eskalationsrisiken

Im dritten Teil werden die Konsequenzen 'kalter'/'eingefrorener' militärischer Konflikte für die Stabilität in der Region bewertet. Ziel ist, eine politische und militärische Risikoanalyse bereit zu stellen, nicht aber Lösungsszenarien für diese Konflikte zu diskutieren. Bearbeitet werden der armenisch-azerbaijanische Konflikt um Berg-Karabach, die militärische Präsenz Russlands in Transnistrien, Südossetien und Abchasien und Rolle der russländischen Marine im Schwarzen Meer, auf der Krim und in der zwischen der Ukraine und Russland umstrittenen Grenzziehung in der Straße von Kerč.

Das Risiko der militärischen Eskalation der Territorial- und Sezessionskonflikte in der Region ist derzeit relativ gering. Das höchste Risiko ist für den armenisch-azerbaijanischen Konflikt um Berg-Karabach auszumachen. Nachdem der georgische Versuch einer militärischen Lösung für den ossetischen Sezessionskonflikt im August 2008 dramatisch gescheitert ist, wird sich – abgesehen von kleineren Grenzscharmützeln – keine neuerliche militärische Auseinandersetzung ergeben. Gänzlich unwahrscheinlich sind derzeit Gewalthandlungen in und um Transnistrien (siehe dazu die Einzelbewertung der Sezessionskonflikte unten).

Besorgniserregend aber sind die hohen Militärausgaben in der Region. Insbesondere die stetige Aufrüstung Azerbaijans und Armeniens ist angesichts stagnierender Verhandlungen über die Zukunft Berg-Karabachs ein struktureller Eskalationsfaktor.

Tabelle 9: Verteidigungsausgaben der BSC in Prozent des BIP (2008)

Armenien	3,32
Azerbaijan	3,23
Georgien	8,13
Moldova	0,36
Ukraine	1,00
Russland	2,41
Türkei	1,85

Quelle: IISS, The Military Balance 2008 (online-Version), S. 462–463.

### **Transnistrien**

Der 5+2 Verhandlungsmechanismus (Russland, Ukraine, OSZE mit EU und USA als Beobachter + Moldova und Transnistrien) ist seit 2006 indirekt durch Russland, formal durch Transnistrien **blockiert**. Russland drängt weiterhin auf ein bilaterales Verhandlungsformat mit russländischer Mediation, das seit April 2008 von der transnistrischen Seite ausgesetzt ist. Erklärtes Ziel Russland ist die Gewährung eines Sonderstatus für Transnistrien im Rahmen eines territorial unversehrten Staates Moldau, der sich aber auch zur Neutralität bekennt. Der Abzug russländischer Truppen wird ausdrücklich erst *nach* einer endgültigen Übereinkunft zwischen den beiden Landesteilen erfolgen. Diese Haltung hat der stv. Außenminister Karasin im Jänner erneut bekräftigt. Der an Bedingungen geknüpfte Abzug der Truppen verstößt gegen die Zusicherungen, die Russland auf dem OSZE-Treffen in Istanbul 1999 gemacht hatte. Die Regierung des neuen Präsidenten Moldovas, Mihai Gimpu, fordert hingegen den Abzug der Truppen und eine international mandatierten zivilen Einsatz – v.a. von Polizeikräften –, an dem sich auch Russland beteiligen könne.

Der stv. Ministerpräsident von Moldova Viktor Osipov – in der Regierung zuständig für Transnistrien – erklärte am 15. April 2010, Verhandlungsfortschritte wären 2010 nicht zu erwarten.<sup>27</sup>



Russland ist nicht daran interessiert, dass die Statusfrage Transnistriens nicht gelöst wird, sondern an einer Lösung, die Russland eine langfristige

http://www.rferl.org/content/Moldova Skeptical About Progress In Transdniester Talks /2014876.html (Zugriff: 16.4.2010).

29

Moldova Sceptical about Progress in Transdniestr Talks.In:

militärische Präsenz in Moldova einräumt. Die russische Führung hält in der Substanz noch immer an dem 'Kozak-Plan' von 2003 fest. Dieser Plan war von der moldovischen Führung schon angenommen gewesen, aber wurde kurz vor der Anreise Vladimir Putins unter Druck der USA und der Regierungen einiger Mitgliedsstaaten der EU wieder abgelehnt.

### Abchasien und Südossetien

Im Oktober 2008 wurde in Genf ein multilateraler Verhandlungsprozess zwischen Russland und Georgien unter der Leitung von EU, OSZE und VN begonnen. Anfangs waren die Konsultationen durch den Streit über die zugelassenen Parteien belastet. Nunmehr sind Vertreter der Regierungen Abchasiens und Südossetiens an den Gesprächen beteiligt. In der Folge konnte einige praktische Probleme zwischen den sezessionistischen Regionen und Georgien gelöst werden – die Wiederherstellung der Wasserversorgung, regionaler Handel u.a. Abchasien, Südossetien und Russland verlangen von Georgien eine rechtlich verbindliche Gewaltverzichtserklärung. Die bislang letzten Gespräche am 30.–31. März 2010 blieben erfolglos; der Dialog soll am 8. Juni 2010 fortgesetzt werden.

Die beiden Entitäten sind in der Zwischenzeit von Russland, Nicaragua, Venezuela und Nauru als Staaten anerkannt worden. Die ukrainische Regierung erwägt derzeit (April 2010) die Anerkennung.

Am 28. Jänner 2010 hat die Regierung Georgiens ein Strategisches Konzept über die Beziehungen zu den sezessionistischen Regionen ('Strategy on Occupied Territories'<sup>28</sup>) vorgelegt. Darin wird ausdrücklich betont, auf Gewalt zur Rückgewinnung Abchasiens und Südossetiens verzichten zu wollen. Die Bindungen zwischen den 'besetzten Gebieten' sollen durch infrastrukturelle Anbindung und Handel vertieft werden. Auch wird den Bewohnern der beiden Provinzen der Zugang zur medizinischen Versorgung in georgischen Krankenhäusern angeboten. Beobachter vermuten, Saakashvili wolle damit vorrangig sein internationales Ansehen stärken; die Regelung der offenen Konfliktlinien sei dagegen zweitrangig.<sup>29</sup>

Die **Beobachtermission der EU** (EU Monitoring Mission, EUMM) in Georgien hat bislang keinen Zugang zu abchasischem oder südossetischem Gebiet

http://www.rferl.org/content/Georgia\_Unveils\_Strategy\_On\_Occupied\_Territories/19 42534.html (Zugriff am 9. April 2010).

Die Strategie ist in englischer Sprache zu finden unter: <a href="http://www.civil.ge/files/files/SMR-Strategy-en.pdf">http://www.civil.ge/files/files/SMR-Strategy-en.pdf</a>.

<sup>29</sup> **RFE/RL**, Georgia Unveils 'Strategy On Occupied Territories'.

erhalten. Dies wäre dringend erforderlich, denn das **Risiko von militärischen Scharmützeln** zwischen ossetischen Freischärlern und georgischen Truppen an den ossetisch-georgischen 'Grenz'linien hoch. Den Beobachtern wird auch der Zutritt zu Abchasien verwehrt; der abchasische Präsident Bagapš hat dies zuletzt am 29. April 2010 betont.<sup>30</sup>

Im März 2010 wurde der Grenzübergang Verchnij Lars an der Georgischen Heerstraße wieder geöffnet; der Übergang war seit 2006 blockiert gewesen. Im Jänner 2010 waren erstmals wieder Charterflüge zwischen Tbilissi und Moskau ermöglicht worden. Der Grenzverkehr ist aber sehr gering; Reisende brauchen in beide Richtungen Visa, die über die Vertretungen der Schweiz in den beiden Staaten ausgestellt werden. Die diplomatischen Beziehungen waren nach den Gefechten im August 2008 abgebrochen worden.

Eine Abkehr Russlands von seiner Anerkennung der Unabhängigkeit Abchasien uns Südossetiens ist gänzlich auszuschließen. Russland hat seine militärische Präsenz in beiden Regionen erheblich ausgebaut. Mit Abchasien wurde im Februar eine Vereinbarung über die Einrichtung eines russischen Militärstützpunktes abgeschlossen; dort sollen mindestens 3.000 russische Soldaten stationiert werden. Russland hat auch den Grenzschutz für Abchasien übernommen. Russland hat mittlerweile eine moderne abchasische Küstenwache aufgebaut; seit Ende April 2010 setzt Russland acht eigene Patrouillenboote zur Sicherung der abchasischen Küste ein. In Ochamchire wird ein russischer Marinestützpunkt errichtet. Die Grenzsicherung Südossetiens wird auch von russischen Einheiten garantiert.

Aber auch aus südossetischer Sicht, mehr noch aus abchasischer Sicht, kann eine Rückkehr in den georgischen Staatsverband ausgeschlossen werden. Das Trauma der exzessiven Gewalthandlungen zwischen den drei Parteien wird dem entgegenstehen. Im abchasischen Fall kommt eine prägeorgische Staatswerdung dazu, die durch zaristisch-russische, dann sowjetische und zuletzt georgische Aggression verhindert worden war.

Die **gemischten georgisch-ossetischen Siedlungen**, vor allem im südlichen und südöstlichen Südossetien sind durch die Flüchtlings- und Vertreibungswellen beinahe **aufgelöst**; die Häuser dieser Dörfer wurden weitgehend zerstört. Die Rückkehr der georgischen Flüchtlinge ist auf absehbare Zeit ausgeschlossen.

http://www.rferl.org/content/Abkhaz Leader Will Not Allow International Observers In Region/2029380.html.

2

RFE/RL, Abkhaz Will Not Allow International Observers in the Region.

Die Aussichten für die eigenstaatliche Entwicklung Südossetiens sind gering: die wirtschaftliche Leistungskraft ist gering, die Bevölkerungszahl ist sehr niedrig (genaue Zahlen sind nach den Vertreibungen nicht verfügbar; vermutlich leben aber nur mehr an die 50.000 Menschen in Südossetien). Eine naheliegende Option für die südossetische Regierung ist der Beitritt zur Russländischen Föderation und der Zusammenschluss mit der russländischen Region Nordossetien. Dies ist auch informell das Ziel Südossetiens; Russland aber hat daran (derzeit) kein Interesse, weil es dann dem berechtigten Vorwurf ausgesetzt sähe, georgisches Staatsgebiet zu annektieren. Die russländischen Finanzhilfen für den südossetischen Wiederaufbau waren bislang beträchtlich; vieles davon wurde auch von den regionalen Beamten veruntreut. Die Finanzhilfe Russlands an Südossetien lag 2008 bei 50,3 Mio. USD, 2009 bei 284,8 Mio. USD und soll 2010 191 Mio. USD ausmachen.<sup>31</sup>

Innerhalb der südossetischen Führungskader haben sich die Spannungen in den letzten Monaten verschärft – insbesondere zwischen Präsident Kokoity und Ministerpräsident Brovcev. Dabei geht es nicht zuletzt darum, wer für den schleppenden Wiederaufbau und die Veruntreuung von russischen Hilfsgeldern verantwortlich ist. Die **Unzufriedenheit der Bevölkerung** ist deutlich angewachsen. Wenn der Wiederaufbau und die soziale Lage nicht rasch verbessert werden, könnte dies zu einer ernsten Legitimitätserosion der sezessionistischen Regierung führen; keinesfalls aber würde dies eine Bewegung für die Rückkehr in den georgischen Staatsverband auslösen.

Die Fähigkeit Abchasiens, seine Eigenstaatlichkeit zu konsolidieren, darf als deutlich höher eingeschätzt werden. Das Land verfügt über eine einigermaßen intakte infrastrukturelle Anbindung an Russland und kann insbesondere über den Tourismus zu Deviseneinnahmen gelangen. Allerdings sind dazu hohe finanzielle Aufwendungen erforderlich; die meisten Anlagen sind kriegszerstört oder veraltet. Auch zahlreiche Wohnhäuser sind noch immer baufällig und/oder kriegsversehrt. Im August 2009 sagte der russländische Ministerpräsident Putin Abchasien, finanzielle Zuwendungen von 236,1 Mln € zu, um die wirtschaftliche und soziale Lage zu verbessern. 32 340 Mln. € sagte Russland für den Aufbau der abchasischen Streitkräfte und Grenzsicherung sowie die Ausrüstung der russländischen Militärbasen zu. 33

Power Struggle Underway in South Ossetia

(http://www.rferl.org/content/Power Struggle Under Way In South Ossetia/20180
98.html, Zugriff am 20.4.2010).

<sup>32</sup> **RIA Novosti**, 12.8.2009 (http://de.rian.ru/postsowjetischen/20090812/

Reuters, 12.8.2009 (http://www.reuters.com/article/idUSTRE57B30J20090812).

Die Bevölkerungszahl liegt vermutlich bei ca. 200.000; 45–50 Prozent dürften ethnische Abchasen sein. Die Rückkehr der vertriebenen georgischen Einwohner – die International Crisis Group schätzt die Zahl der Flüchtlinge auf 212.000<sup>34</sup> – dürfte langwierig und schwierig werden; dies war auch einer der umstrittensten Verhandlungspunkte zwischen den abchasischen und den georgischen Behörden noch vor dem Augustkrieg 2008 gewesen. Es gibt immer wieder Berichte über diskriminierende Aktionen ethnischer Abchasier gegen georgische Bewohner Abchasiens, v.a. im Bezirk Gali. Die Rückkehr von Flüchtlingen in Bezirke außerhalb von Gali kann derzeit ausgeschlossen werden.

Aber nicht nur kann Abchasien materielle Voraussetzungen für die staatliche Unabhängigkeit aufweisen: die abchasische Elite will die staatliche Unabhängigkeit bewahren und hat mehrfach öffentlich den Anschluss an Russland ausgeschlossen. Es wäre anzuraten, die Beziehungen der EU zu Abchasien auszubauen, wenn das Ziel ist, diese Entität nicht in eine strukturelle Abhängigkeit von Russland geraten zu lassen. Die Frage des 'Status' der Entität sollte dabei zunächst ausgeklammert werden.

# Russland lehnt jeglichen direkten Kontakt mit Präsident Saakashvili ab.

Die USA, die seit 2003 militärisch eng mit Georgien zusammenarbeiten - damals wurde die Ausrüstungs- und Ausbildungsmission 'Train and Equip' gestartet - wird auch nach dem Augustkrieg von 2008, fortgeführt. Wenige Tage nach dem Augustkrieg sind US Marineeinheiten in georgische Häfen eingelaufen (offiziell um humanitäre Hilfe zu leisten). Im März 2010 wurden in georgischen Gewässern gemeinsame Manöver von US Kriegsschiffen mit Einheiten der georgischen Küstenwache durchgeführt.



International Crisis Group, Europe Report 202, (26.2.) 2010 (http://www.crisisgroup.org/home/index.cfm?id=6550&CFID=40104417&CFTOKEN=53 877688), S. i.

\_

# **Berg-Karabach**

Derzeit scheint es erreichbar, dass Armenien und Azerbaijan sich über eine 2005 von der Minsk-Gruppe der OSZE (Russland, USA, Frankreich) erstellte Rahmenabkommen über die Prinzipien der Konfliktlösung einigen. Zuletzt hatten die Vorsitzenden der Minsk Gruppe beide Seiten dazu am Rande des G-8 Treffens in L'Aquila aufgefordert. Die USA, Russland und Frankreich vertreten bei der Konfliktlösung in Berg-Karabach derzeit eine geschlossene Haltung. In der Erklärung der Minsk Gruppe auf dem OSZE Summit in Madrid 2007 (,Madrid Principles') wurden 7 Prinzipien festgehalten:

- Rückzug der armenischen Streitkräfte aus den besetzten azerbaijanischen Regionen um Berg-Karabach
- Gewährung eines ,interimistischen Status' für Berg-Karabach, der Sicherheit und Selbstverwaltung der Region garantiert
- Einrichtung eines Landkorridors zwischen Armenien und Berg-Karabach
- Rückkehrrecht für Flüchtlinge
- Endgültiger Status Berg Karabachs soll durch eine rechtlich verbindliche ,Willensäußerung' festgelegt werden
- Internationale Sicherheitsgarantien und Einsatz von friedenserhaltenden Einheiten.

Andererseits haben Spannungen und Zwischenfälle an den seit 1994 geltenden Waffenstillstandslinien in den letzten Monaten deutlich zugenommen. Eine erneute militärische Eskalation kann daher nicht ausgeschlossen. Dies zumal, als die azerbaijanische Regierung die Verteidigungsausgaben in den letzten Jahren kontinuierlich angehoben hat. Derzeit beträgt der Verteidigungsetat Armeniens 3,3, jener Azerbaijans 3,2 Prozent des BIP. 35 Trotz verstärkter militärischer Ausrüstung kann derzeit davon ausgegangen werden, dass die Rückeroberung der von Armenien besetzten Gebiet oder Berg-Karabachs durch die azerbaijanischen Streitkräfte nicht erreichbar ist. 36 Auch hatten sich beide Seiten im November 2008 auf russischen Druck auf die "Moskauer Erklärung" geeinigt, die eine "politische Lösung" des Territorialkonfliktes bekräftigt. Dies war die erste gemeinsame Erklärung Armeniens und Azerbaijans seit 1994. Die

<sup>&</sup>lt;sup>35</sup> **IISS**, The Military Balance 2008 (online-Version), S. 462–463.

<sup>&</sup>lt;sup>36</sup> International Crisis Group, Policy Briefing 55, (7.10.) 2009, S. 3.

Drohung der Führung Berg-Karabachs, im Falle einer massiven militärischen Bedrohung durch Azerbaijan auch präventiv militärisch vorzugehen, trägt aber zur Anspannung der Lage bei.<sup>37</sup>



Eine beachtliche Geste Armeniens, die zusammen mit der türkischarmenischen Grenzöffnung erfolgen könnte, wäre die Aufhebung der armenischen Blockade der azerbaijanischen Exklave Nachitschevan.

Belastet werden die Verhandlungen zwischen Armenien und Azerbaijan auch durch die ablehnende Haltung der Öffentlichkeiten beider Staaten gegenüber weitreichenden Zugeständnissen. Natürlich sind die Gespräche auch durch innenpolitische Auseinandersetzungen (v.a. in Armenien) belastet. In Armenien fordern Dazhnakzutyun und die Bewegung Zharangutyun ('Erbe') die Regierung auf, Berg-Karabach diplomatisch anzuerkennen. Auch Präsident Sargsyan lehnt die Räumung von azerbaijanischem Gebiet außerhalb Berg-Karabachs als Gegenleistung für die Öffnung der türkisch-armenischen Grenze ab.

Die Positionen Armeniens und Azerbaijans zum finalen Rechtsstatus Berg-Karabachs bleiben aber unvereinbar. Armenien hält am

Selbstbestimmungsrecht Berg Karabachs – das als Sezession der Region von Azerbaijan verstanden wird – fest; Azerbaijan will nur eine Statuslösung akzeptieren, die die territoriale Integrität Azerbaijans unberührt lässt.

Armenien leistet an Karabach erhebliche wirtschaftliche und finanzielle Hilfe. Die finanziellen Zuwendungen lagen 2009 bei ca. 90 Mln. USD. 39

\_

Manutscharjan, Aschot. Der Berg-Karabach Konflikt nach der Unabhängigkeit des Kosovo. Discussion Paper C 193. Zentrum für Europäische Integrationsforschung 2009, S. 27.

De Waal, Thomas. Armenia and Turkey: Bridging the Gap. In: Carnegie Endowment for International Peace (CEIP) Policy Brief 87, (April) 2010, S. 5.

Russland ist derzeit so stark wie nie zuvor an der Lösung des Karabach-Konfliktes interessiert. Zwar hat die Isolation durch die Türkei und die anhaltende militärische Bedrohung durch Azerbaijan (und die Türkei) Armenien in den letzten 20 Jahren gleichsam zur Anlehnung an Russland gezwungen; auch hat Russland in Armenien weiterhin einen Militärstützpunkt in Gjumri und ist daran interessiert, die hegemoniale Kontrolle über Armenien zu behalten. Gleichzeitig aber ist Azerbaijan für die geostrategischen und geoökonomischen Interessen Russlands in der Region deutlich wichtiger geworden:

- Russland will auf ein höchstmögliches Volumen an azerbaijanischem Erdgas zugreifen: Zum einen weil Gazprom dieses Gas benötigt, um angesichts stagnierender Inlandsproduktion und hohem Binnenkonsum die Exportverpflichtungen erfüllen zu können. Zum anderen weil weniger Erdgas für alternative Leitungsvorhaben im Kaspischen Raum u.a. die Projekte des Südlichen Gaskorridors übrig bleiben wird, je mehr azerbaijanisches Erdgas Russland aufkaufen kann.
- Russland ist daran interessiert, einer möglichen militärische Präsenz der USA in Azerbaijan vorzubeugen. Dies gilt vor allem für militärische Installationen im Rahmen eines regionalen Raketenabwehrsystems.
- Russland hat in zahlreichen wirtschaftlichen Sektoren auf eine enge Allianz mit der Türkei eingelassen. Daher ist es geboten, die türkische Position in der Karabach-Frage stärker zu berücksichtigen.
- Russländische Ölunternehmen halten Förderlizenzen an azerbaijanischen Ölfeldern und sind daran interessiert, weitere Lizenzen zu erwerben.

### **Grenzstreitigkeiten Russland-Ukraine**

Die Grenzziehung zwischen der Ukraine und Russland wurde **1997** entlang der Verwaltungsgrenzen der UdSSR in einem **Grundlagenvertrag** grundsätzlich bestätigt; ein detailliertes Grenzregime wurde im Jänner 2003 unterzeichnet. Der Status der Krim ist geregelt und auch in Russland akzeptiert; in relevanten russländischen Kreisen – d.h. außerhalb des rechtsextremistischen oder großnationalistischen Spektrums – wird nur mehr der Status von Sevastopol immer wieder diskutiert.

Armenian Prime Minister pledges support for Nagorno-Karabach (<a href="http://www.rferl.org/content/Armenian Prime Minister Pledges Support To NagornoKarabakh/2011435.html">http://www.rferl.org/content/Armenian Prime Minister Pledges Support To NagornoKarabakh/2011435.html</a>, Zugriff: 14.4.2010).

Der russländisch-ukrainische Disput um die **Aufteilung des Azovschen Meeres und in der Straße von Kerč** konnte 2004 beigelegt werden. Im
Azovschen Meer werden erhebliche Rohölreserven vermutet; die Straße von Kerč ist sowohl militärstrategisch als auch handelspolitisch bedeutsam. 2003 eskalierte der Konflikt als Russland den Zugriff auf die Meerenge durch den Bau eines Dammes zur Insel Tuzla erweitern wollte. 2004 einigten sich beide Seiten auf die gemeinsame Nutzung des Binnenmeeres und die gemeinsame Kontrolle der Meeresstraße.



Nach der Wahl von Viktor Janukovič zum ukrainischen Staatspräsidenten im Februar 2010 ist auch eine einvernehmliche Lösung zwischen der Ukraine und Russland über eine mögliche Verlängerung des Stationierungsvertrages für die russländische Schwarzmeerflotte zu erwarten. Das 1997 unterzeichnete Stationierungsabkommen läuft 2017 aus. Allerdings sind bereits deutlich früher Regelungen für die Zeit ab 2017 zu treffen, denn die Stationierungsplanungen müssen mit einem deutlichen zeitlichen Vorlauf vorgenommen werden. Die russländische Marine hat aber in den vergangenen Jahren den militärischen Teil des Hafens von Novorossijsk ausgebaut und ist dabei, die Hafenanlagen in Abchasien für die Nutzung durch die Schwarzmeerflotte auszubauen.

Regionale Integrationsversuche zwischen den südkaukasischen Staaten und den nördlichen Anrainerstaaten des Schwarzen Meeres sind bislang erfolgreich geblieben. Die von den USA unterstützte GUAM, die seit 1997 Georgien, die Ukraine, Azerbaijan und Moldova umfasst (Uzbekistan war vorübergehend ebenso Mitglied der dann GUUAM genannten Integrationsinitiative), kann mittlerweile als gescheitert angesehen werden. Die GUAM war als geostrategische Antwort auf die russischen Ambitionen

gedacht gewesen und sollte v.a. den Transit von Erdgas und Erdöl durch den südlichen Transportkorridor erleichtern. Zu den vorrangigen Zielen die Stärkung der territorialen Integrität und die Bekämpfung des Separatismus – Bedrohungen, die für alle Mitglieder gelten.

#### Abschnitt 4: Der Schwarzmeerraum als Energieschlüsselregion

In diesem abschließenden Teil wird sehr ausführlich die Bedeutung der Region für die Gewinnung der Primärenergieträger Erdöl und Erdgas, als Transitregion für diese fossilen Energieträger und als Konsumenten dieser Brennstoffe betrachtet. Besonderen Raum werden mittelfristige Prognosen über Produktions- und Nachfragekennziffern und die zahlreichen, miteinander auch häufig rivalisierenden Pipelineprojekte erhalten. Dabei werden die Interessen der Staaten der Regionen und externer Akteure eingehend beleuchtet werden.

Die strategische Bedeutung des Schwarzmeerraumes ist in seiner Rolle als Energieproduktions- und -transitraum begründet. Die Förderländer für Erdgas und Erdöl in der In der Region sind die Ukraine, Russland und Azerbaijan; Georgien, die Türkei, sodann auch Bulgarien und Rumänien sind strategische Transitländer. Die Europäische Union bezeichnet den Durchleitungsraum als Südlichen Gaskorridor ("Southern Gas Corridor"). Dazu zählen mehrere, in Ansätzen konkurrierende Leitungsprojekte:

- Die Gasleitung Nabucco, ein seit 2002 betriebenes Projekt der 'Nabucco Gas Pipeline International' (OMV Gas and Power, das deutsche Energieunternehmen RWE, die ungarische MOL, die rumänische Transgaz, Bulgargaz/nunmehr Bulgarian Energy Holding und die türkische Botaş mit paritätischen Unternehmensanteilen und möglicherweise auch die französische GdF Suez<sup>40</sup>), wird in Erzurum (Türkei) an die Trans-Caspian Gas Pipeline (a.k.a. Baku-Tbilissi-Erzurum Pipeline, BTE) angedockt und soll Gas nach Baumgarten befördern; dort wird das Gas über den Central European Gas Hub (CEGH) vertrieben. In Erzurum endet auch die Tabriz (Iran)-Erzurum Pipeline. Im Endausbau sollen mit der Nabucco-Gasleitung 31 Mrd. m³ (bcm)/Jahr transportiert werden.
- Das im Juli 2007 gestartete Leitungsprojekt 'Interconnector Turkey-Greece-Italy (ITGI, a.k.a. South European Gas Ring)', der Erdgas aus dem Kaspischen Raum nach Süditalien bringen soll. Bereits im November 2007 wurde die Leitungsverbindung von Karabatey (Türkei)

-

Die Türkei hat sich lange gegen die Teilhabe der GdF Suez gewehrt, weil die französische Nationalversammlung die Vertreibung der Armenier im Osmanischen Reich in einer Resolution als ,Völkermord' bewertet hatte.

nach Komotini (Griechenland) eröffnet; das Durchsatzvolumen liegt bei 12 bcm/y. Griechenland wird davon 3 bcm/y konsumieren; 9 bcm sollen nach Italien fließen. Der zweite Leitungsabschnitt führt von Komotini nach Igoumenitsa an der Ionischen Küste Griechenlands und ist weitgehend fertig gestellt. Von dort wird eine off-shore Pipeline – "Poseidon" – nach Süditalien errichtet.

Im Juli 2009 unterzeichneten die Bulgarian Energy Holding, Edison und DEPA ein Memorandum über den Bau einer Abzweigung der ITGI bei Komotini nach Stara Zagora (Bulgarien) mit einer Durchleitungskapazität von 1 bcm/y. Bulgarien steht vor einem Vertrag mit Azerbaijan über die Lieferung von 1 bcm/y Erdgas über ITGI.

- Die Gasleitung 'Trans-Adriatic Pipeline (TAP)', betrieben von einem Gemeinschaftsunternehmen der Schweizer EGL, der norwegischen StatoilHydro und der Unternehmenstochter Axpo der italienischen Enel, soll iranisches (und Kaspisches Gas) über die Türkei, Griechenland und Albanien in die italienische Region Puglia transportieren. Das Durchsatzvolumen der Leitung ist in der ersten Phase auf 10 bcm/y angelegt und könnte in einer zweiten Phase auf 20 bcm/y ausgedehnt werden. EGL hat sich 2007 vertraglich die Lieferung von 5 bcm/y Erdgas aus Iran gesichert. Die Teilhabe von StatoilHydro an der TAP erhöht die Wahrscheinlichkeit der Umsetzung des Projektes, weil das norwegische Unternehmen einen Anteil von 25,5 Prozent am azerbaijanischen Erdgasfeld Shah Deniz hält. Sowohl Nabucco als auch ITGI wollen ebenfalls auf Gas des Shah Deniz Felder zugreifen. Die endgültigen Investitionsentscheidungen sollen aber erst 2012 getroffen werden. Die Leitung könnte dann 2015 in Betrieb genommen werden.
- Die Gasleitung 'White Stream' wurde im November 2008 von der Europäischen Kommission in den 'Südlichen Gaskorridor' aufgenommen: Über diese Leitung sollen azerbaijanisches und turkmenische Gas in das rumänische Constanta transportiert werden – über eine on-shore Pipeline in Georgien und eine off-shore Pipeline auf dem Boden des Schwarzen Meeres. Von Constanta soll das Erdgas nach Zentraleuropa und in die Ukraine weitertransportiert werden. Auf dem Boden des Schwarzen Meeres sollen vier parallele Leitungsstränge mit einem Durchsatzvolumen von je 8 bcm/y errichtet werden.

— (Derzeit) nicht Teil des "Südlichen Gaskorridor", aber eine alternative Variante des White Stream-Vorhabens ist das Leitungsprojekt "Azerbaijan-Georgien-Rumänien Interconnector" (AGRI), das azerbaijanisches Gas, verflüssigt im georgischen Schwarzmeerhafen Kulevi, mittels Tanker in das rumänische Constanta bringen soll, wo das Flüssiggas regasifiziert und weitervertrieben werden soll.

Diese Variante sollte in Österreich größere Aufmerksamkeit erhalten, denn damit könnte eine 'Nabucco light'-Variante möglich werden, d.h. die Nutzung von kaspischem Gas unter Umgehung des Transitlandes Türkei. Im Hinblick auf verstärkte Energiesicherheit ist eine zu starke Rolle der Türkei als Transitland, nicht zuletzt im Hinblick auf die weitere Entwicklung der Europäischen Union, zu vermeiden.

Die Projekte des Südlichen Gaskorridors haben sowohl eine ökonomische Dimension – getragen vom Gewinninteresse privater und staatlicher Energieunternehmen – als auch eine geo- und sicherheitspolitische Bedeutung:

- Der Zugriff auf Erdöl- und Erdgas alternativer Versorger der EU und damit eine breitere Streuung der Versorgerländer mit fossilen Brennstoffen
- Die Errichtung zusätzlicher Versorgungsleitungen zur Absicherung gegen technisch oder politisch induzierte Lieferunterbrechungen bei den derzeitigen Leitungsverbindungen.
- Ordnungs- und geopolitische Zielsetzungen in der Region: Mitgliedsstaaten der EU sind daran interessiert, die Länder des kaspisch-kaukasischen Krisenbogens durch Exportleitungsstränge außerhalb russischen Territoriums aus dem russischen Hegemonialraum rauszubrechen.

Die Diversifizierungsinteressen der EU stoßen dabei direkt auf strategische Interessen Russlands:

 Russland will exklusiven oder zumindest dominanten Zugriff auf Erdgasproduzentenländer in der Kaspischen Region, weil
 Russland derzeit nicht über ausreichende eigene Gasmengen verfügt, um Binnenbedarf und Exportverpflichtungen zu bedienen.

- Russland versucht, die Kontrolle über die Exportleitungsnetze der Produzentenländer der Region zu behalten, um die Preise für das Gas, das es von diesen Ländern beziehen will, niedrig zu halten und seinen Marktanteil am europäischen Markt zumindest stabil zu halten.
- Die Leitungsvorhaben des Südlichen Gaskorridors stehen in direkter Konkurrenz zu einem strategischen Pipelineprojekt Russlands – South Stream. Mit diesem Vorhaben verfolgt Russland zwei strategische Unternehmensziele: zum einen können mit South Stream neue Märkte erschlossen werden, vor allem der westbalkanische Markt.

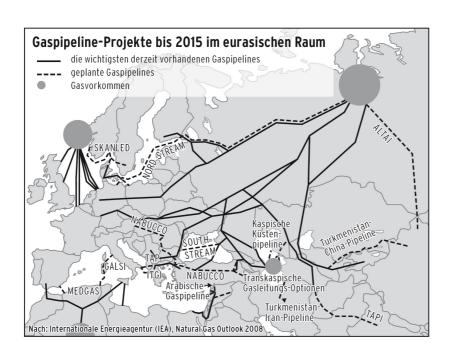
Exportleitungen für sein Erdgas auf die europäischen Märkte. Für Russland ist die EU der stärkste Exportmarkt, mit den höchsten erzielbaren Verkaufspreisen. Russlands Gasexportleitungen führen derzeit ausschließlich in die Europäische Union, den Westbalkan und in die Türkei. Das strategische Problem für Russland dabei ist jedoch die geringe Anzahl der Leitungen – bis 1999 gab es ausschließlich das Leitungsnetz über die Ukraine in die EU, seither gibt es auch noch eine über Weißrussland und Polen nach Deutschland (Yamal-Leitung), die vom Volumen jedoch deutlich kleiner ist, sowie seit 2005 eine kleine Leitung auf dem Boden des Schwarzen Meeres in die Türkei (Blue Stream-Leitung). Es gibt also nur drei Leitungen für den russischen Gasexport und eine extreme Dominanz eines Transitlandes, der Ukraine.

Neben der Gasleitung Nord Stream durch den Finnischen Meerbusen und die Ostsee nach Deutschland an der Nordflanke (Durchsatzkapazität von 55 bcm/y ab Ende 2012), soll mit South Stream (Durchsatzkapazität von 61 bcm/y im Vollausbau) auch an der Südflanke eine Umgehungsroute geschaffen werden. Diese zweite große Leitung soll auf dem Boden des Schwarzen Meeres nach Bulgarien geführt werden. Ab dort wird sie in zwei Routen geführt, eine über Griechenland nach Italien und die zweite über Serbien und Ungarn nach Österreich. Im Februar 2011 wird die Machbarkeitsstudie vorliegen; die Inbetriebnahme der Leitung ist derzeit für Dezember 2015 vorgesehen.

Dieses Projekt dient aber nicht nur der Umgehungsstrategie, sondern soll auch die wirtschaftliche und finanzielle Rentabilität und Rationalität des Südlichen Gaskorridors untergraben.

Für die OMV ist die Lieferung russischen und zentralasiatischen Erdgases nach Baumgarten wirtschaftlich und finanziell interessant,

weil damit der **CEGH** noch stärker ausgelastet werden kann. Dies gilt natürlich auch für Gazprom, das 30 Prozent der Anteile an der CEGH anstrebt und mit dem Unternehmen Centrex, das 20 Prozent erwerben soll, informell und personell verflochten ist.



Grafik 3: Gasleitungsprojekte in Eurasien bis 2015

Es kann derzeit noch immer nicht gesagt werden, dass South Stream tatsächlich gebaut werden wird. Zum einen ist das finanzielle Investitionsvolumen enorm. Die Kostenberechnungen sind zwar nicht präzise, doch wird derzeit mit Kosten von ca. 25 Mrd. € gerechnet. Zum anderen ist das angestrebte Transportvolumen von 61 bcm/y enorm und nicht gänzlich nachvollziehbar, wie Russland dieses Gasvolumen bereit stellen will.

Russland hat bisher mit allen Transit- und Zielstaaten (Vor)vereinbarungen erzielt: Bulgarien, Griechenland, Italien, Serbien,
Ungarn, Slowenien und Österreich; mit Kroatien wurde Einigung über
den Bau einer Abzweigung erzielt, mit Rumänien wird darüber
verhandelt. Die im Juli 2009 gewählte bulgarische Regierung von
Boiko Borissov will Gazprom zu Änderungen an den bisherigen
Vereinbarungen zwingen.

Abschließend geklärt ist auch nicht, welche Route die Meerestrasse von South Stream nehmen wird: Lange wollte Gazprom die Trasse durch die ukrainischen, rumänischen und bulgarischen Gewässer nach Varna (Bulgarien) verlegen. Nach dem Regierungswechsel in

Bulgarien will Gazprom die Leitung durch türkische Gewässer verlegen. Die Türkei hat Gazprom 2009 explorative Untersuchungen in den eigenen Gewässern erlaubt. Im November 2010 will die türkische Regierung eine endgültige Entscheidung treffen. Die Zustimmung der Türkei ist sehr wahrscheinlich, weil diese Einigung mit der Zusage Russlands verbunden ist, am Bau der Ölleitung von Samsun (türkische Schwarzmeerküste) nach Ceyhan (türkische Mittelmeerküste) mitzuwirken und – wichtiger noch – die Ölleitung mit russischem und kazachischem Gas zu versorgen, das über die private CPC Leitung an den russischen Schwarzmeerhafen Novorossijsk geliefert wird.

UKRAINE

ROMANIA

UKRAINIA

Continental
Shelf

ROM

UKR

RUS

BUL

TUR

Black Sea

GEO

TURKEY

Grafik 4: Territorialgewässer der BSC und die Leitungsroute von South Stream

Gazprom hat bislang keine Machbarkeitsstudie für South Stream vorgelegt; so ist auch noch kein genauer Streckenverlauf festgelegt. Aus derzeitiger Sicht ist ein gleichzeitiger Bau von South Stream und Nabucco nicht sinnvoll.

# **Das Gasleitungsprojekt Nabucco**

Die technische Machbarkeit und die Finanzierung des, derzeit mit 7.9 Mrd. € veranschlagten seit 2002 betriebenen Projektes sind gegeben. Auch sind mit dem Intergovernmental Agreement vom Juli 2009 die rechtlichen Rahmenbedingungen geklärt (v.a. third-party access, one-stop-shop principle). Die strategische Hürde ist die ausreichende und vertraglich

langfristig abgesicherte Versorgung der mit einem Durchsatz von 31 bcm/y angesetzten Gasleitung mit Erdgas.

Als strategische Versorger der Gasleitung sind Azerbaijan, Turkmenistan und Irak vorgesehen. Der Transport von russischem Erdgas durch Gazprom ist durch die Drittstaatenregelung grundsätzlich möglich, wird von russischer Seite (derzeit) aber ausgeschlossen.



Grafik 5: Mögliche Versorgerländer der Nabucco-Gasleitung

Irak wird immer wieder als möglicher Gaslieferant diskutiert, vor allem die Gasvorkommen in Kurdistan. Zwar sind die Gasreserven im Nordirak beträchtlich, allerdings ist der Zugriff nicht zuletzt eine Frage der militärischen Sicherheit; es gibt aber auch erhebliche Konflikte zwischen der kurdischen Regionalregierung und der irakischen Zentralregierung über das Eigentum an diesem Gas und das Recht, Exportverträge abzuschließen. Jedenfalls wären irakische Gaslieferungen wohl kaum vor 2017 möglich.

Der Kaspische Raum weist hohe gesicherte Gasreserven (proven reserves) auf: In 2008 werden diese auf 10.96 Billionen m³ geschätzt – 7,94 Billionen in Turkmenistan, 1,82 in Kazachstan, 1,58 in Uzbekistan und 1,2 Billionen m³ in Azerbaijan. Hit Ausnahme Uzbekistans sind die genutzten Gasvorkommen noch sehr jung: der Erschöpfungsgrad (exhaustion rate) liegt in Kazachstan bei 5 Prozent, in Azerbaijan bei 12 Prozent, in Turkmenistan bei 17 Prozent und in Uzbekistan bei 35 Prozent. Die Gasproduktion lag 2008 bei 173,2 bcm/y. Turkmenistan förderte 66,2 bcm/y, Uzbekistan 62,1 bcm/y.

BP Statistical Review of World Energy 2009 (<a href="https://www.bp.com/statisticalreview">www.bp.com/statisticalreview</a>), Zugriff am 23.8.2009.

See: **Götz**, Roland. Europa und das Erdgas des Kaspischen Raumes. Discussion paper of the SWP in Berlin, FG 5 (August 2007), p. 3.

Die uzbekischen Gasfelder sind zwar relativ erschöpft, Usbekistan kann seine Gasförderung jedoch mittelfristig moderat steigern, weil Gazprom dort in die Fördertechnologie, in die Exploration neuer Felder und in neue Gaspipelines massiv investiert. Dafür hat Uzbekistan dieses Gas aber Gazprom zugesagt. Kasachstan ist auch ein wachsender Gasproduzent, es exportiert sein Gas aber entweder nach Russland oder es verwendet das Gas, zur Stärkung seiner Erdölförderung, indem es Gas in die Erdölfelder pumpt, um dieses leichter fördern zu können.

Mrd.m3 90,0 Kaspische Gasproduktion 1985–2008 80,0 Azerbaijan — -Kasachstan — Turkmenistan — Uzbekistan 70,0 66,1 62,2 60,0 50,0 40,0 30,0 30,2 20,0 14,7 10,0 0,0 Quelle: BP Statistical Review of World Energy 2009

Grafik 6: Gasproduktion im Kaspischen Raum 1985-2008

Die Erdgasförderung Kazachstans ist derzeit relativ niedrig. Das Volumen wird für den Binnenverbrauch, den Export nach Russland, vor allem für die Erdölförderung genutzt, in dem das Gas wieder in die Ölfelder gepumpt wird, um das Fördervolumen der Erdölfelder zu erhöhen.

Die zentrale Bedeutung Turkmenistans für die Nabucco-Gasleitung

Der Import von Erdgas aus Turkmenistan ist ein **Schlüsselfaktor für die** wirtschaftliche und finanzielle Rentabilität des "Südlichen Gaskorridors" der EU; dies gilt insbesondere für die "Nabucco-Gasleitung".

Der Zugriff auf turkmenisches Erdgas Turkmenistans ist aber nicht nur ein strategisches Ziel der EU; es sind auch **Russland und die VR China**, die eine hegemoniale Rolle im turkmenischen Erdgasmarkt zu erhalten oder zu erlangen versuchen. Im aggressiven Zugriffswettbewerb mit der EU werden zwei strategische Ziele der russländischen Gazprom berührt – die Diversifizierung des Gasexportleitungsnetzes und der Ausgleich für sinkende russländische Produktion (siehe unten). Die VR China wiederum bemüht sich darum, den Anteil von Erdgas am Primärenergieaufkommen – derzeit annähernd 4 Prozent – deutlich anzuheben, um die Nutzung von Steinkohle (59 Prozent) zurückzudrängen, die aufgrund der CO<sub>2</sub>-Emissionen eine erhebliche Umweltbelastung chinesischer Städte verursacht. Die Anbindung an die zentralasiatischen Felder entzieht überdies der russländischen Gazprom die Möglichkeit, überhöhte Preise für russländische

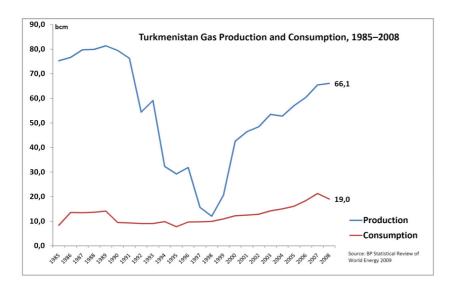
### Erdgasreserven und -förderung in Turkmenistan

Russland hält 2008 23,4 Prozent der **gesicherten globalen Erdgasreserven**, Iran 16 Prozent, Qatar 13,8 und Turkmenistan **4,3 Prozent**. Turkmenistan liegt noch vor Saudi Arabien (4,1 Prozent) und damit an **vierter Stelle** der gasreichsten Staaten.

Die Förderleistung hatte 1989 mit 81,4 bcm ihren bisherigen Höhepunkt erreicht, ist in den neunziger Jahren stark abgefallen (Tiefpunkt 1998 mit 12 bcm) und steigt seitdem wieder an. Mit 66,1 bcm liegt Turkmenistan aber auch 2008 noch deutlich hinter der *peak production von 1989* zurück; außerdem ist das Fördervolumen 2008 gegenüber 2007 nur um 0,7 Prozent gewachsen. Das **Exportpotential liegt derzeit bei 47,1 bcm**. Die *International Energy Agency* (IEA) der OECD erwartet für 2030 ein Fördervolumen von knapp über 100 bcm.

Der turkmenische Gassektor braucht hohe Investitionen, um die bestehenden Förderanlagen und Gasleitungen zu modernisieren, neue Felder zu erschließen und neue Gasleitungen zu bauen. Die marode Infrastruktur kennzeichnet aber auch die kasachische und die usbekische Gaswirtschaft.

Grafik 7: Gasproduktion und -konsum Turkmenistans 1985–2008



#### Russland und die turkmenische Gaswirtschaft

Die Erdgasförderung in Turkmenistan und die Verlegung von Exportleitungen aus Zentralasien berühren zwei strategische Interessen Russlands:

 Russland will sein Exportleitungsnetz diversifizieren. Derzeit verfügt Gazprom nur über 3 Exportleitungsnetze: Bis 1999 konnte Erdgas nur über ukrainische Leitungen nach Europa exportiert werden; 1999 kam mit der Yamal-Leitung über Belarus und Polen nach Deutschland eine zweite Trasse hinzu, seit 2003 mit Blue Stream auf dem Boden des Schwarzen Meeres eine Pipeline in die Türkei. Die Ukraine hat aber noch immer eine zentrale Stellung, da Russland aufgrund der beschränkten Durchsatzmengen von Yamal und Blue Stream noch immer 78 Prozent der Exporte durch das ukrainische Leitungsnetz führen muss.

Die Projekte Nord Stream (Leitung durch die Ostsee von Vyborg nach Greifswald in Deutschland) und South Stream (Leitung von der russländischen Schwarzmeerküste bei Beregovoj auf dem Boden des Schwarzen Meeres nach Bulgarien mit Leitungsschienen nach Österreich und Italien) sind als Umgehungsleitungen gedacht, die die zentrale Stellung der Ukraine brechen sollen.

South Stream aber benötigt zur vollen Auslastung gesicherten Zugriff auf substantielle Mengen der zentralasiatisches Gasreserven. Die Leitungsdiversifizierung ist also ohne Zugriff auf zentralasiatisches Gas nur beschränkt möglich. Turkmenistan nimmt dabei die Schlüsselrolle ein.

2. Russland braucht den hegemonialen Zugriff auf die Gasproduktion und die Gasreserven der Länder des Kaspischen Raumes, um die

erforderlichen Gasmengen für den Inlands- und Auslandsverbrauch bereit stellen zu können. Die Erdgasproduktion in Russland stagniert, weil die klassischen, seit den sechziger Jahren ausgebeuteten Felder im nordwestlichen Sibirien (Yamburg, Urengoj) schon einen hohen Erschöpfungsgrad aufweisen und die Fördervolumina zurückgehen.

Dazu kommt ein sehr hoher Binnenkonsum an Gas: 58 Prozent des Primärenergieaufkommens in Russland werden durch Erdgas bereit gestellt; in Österreich liegt dieser Wert wie im Durchschnitt der EU-27 bei 25 Prozent. Angesichts stagnierender Produktion und langfristiger Exportverpflichtungen versucht die russländische Regierung den Binnenkonsum abzusenken; dazu sollten die Investitionen in die Energieeffizienz, zur Absenkung der Energieverschwendung, zum Ausbau und zur Modernisierung des Kohlesektors (v.a. bei der Kohleverstromung) und der Ausbau der Nuklearenergie (der Anteil der Nuklearenergie bei der Stromproduktion soll bis 2025 von 16 auf 25 Prozent gesteigert werden) deutlich angehoben werden.

Aufgrund der Finanz- und Wirtschaftskrise, von der Russland stark betroffen ist, sind auf mittelfristige Sicht die **Investitionsmittel zur Erreichung dieser Ziele nicht vorhanden**. Der Binnenkonsum wird daher strukturell hoch bleiben, auch wenn durch die Wirtschaftskrise die Nachfrage des industriellen Sektors nach Erdgas zurückgeht.

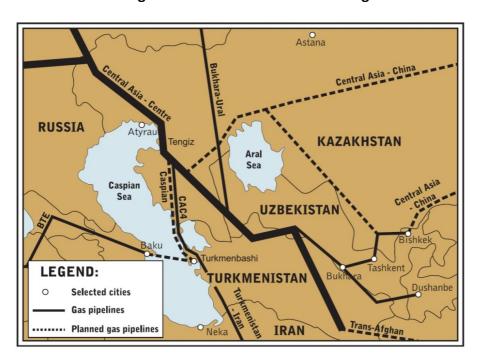
Russland benötigt daher zentralasiatisches Erdgas, um seine Lieferverpflichtungen an die europäischen Vertragspartner einhalten zu können.

Russland importierte daher bereits 2008 61 Mrd. m³ Erdgas aus Kasachstan, Usbekistan und vor allem Turkmenistan; dies sind immerhin 10 Prozent der russländischen Inlandsförderung. Aufgrund der rezessionsbedingt abgesunkenen Nachfrage im Inlands- und Exportmarkt entschärft sich für Gazprom kurzfristig die Abhängigkeit von zentralasiatischem Gas zur Abdeckung der Lieferverpflichtungen.

Russland und Turkmenistan haben 2003 einen Gasliefervertrag für die Dauer von 25 Jahren abgeschlossen, in dem Turkmenistan zusagte, jährlich zunächst 40 bcm Erdgas an Gazprom zu liefern, ab 2020 dann 90 bcm. Dieses Gas wird durch die modernisierungs- und reparaturbedürftigen Leitungen "Zentralasien-Zentrum" (CAC 1-3, CAC 5) nach Russland geliefert. Gazprom bietet Turkmenistan zinsfreie Kredite zur Modernisierung der Förderanlagen und der Leitungsnetze an; dadurch sollen die Gaswirtschaften der beiden Länder noch enger verflochten werden.

Im Mai 2007 einigten sich Russland, Turkmenistan und Kasachstan auf den Bau einer **neuen Gasleitung am Ostufer des Kaspischen Meeres**, die turkmenisches und kasachisches Gas nach Russland – im Endausbau 40 bcm – transportieren soll. 43

Russland aber steht durch alternative Exportleitungen für die zentralasiatischen Länder wie die Nabucco-Leitung unter doppeltem Druck: das **Zugangsvolumen**, d.h. der Anteil Russlands am Exportgas der ZAL, wird abgesenkt, der **Preis für das Importgas** steigt an.



**Grafik 8: Gasleitungsnetz Turkmenistans und Planungsvorhaben** 

Aufgrund der Abhängigkeit Gazproms von zentralasiatischen Gaslieferungen, aber auch um den Zugriff chinesischer und europäischer Konzerne auf zentralasiatisches Gas abzuwehren, musste Gazprom im März 2008 Kasachstan, Usbekistan und Turkmenistan höhere Abnehmerpreise zugestehen, die abzüglich der Transitgebühren, auf dem durchschnittlichen Niveau der Importpreise der EU-Abnehmer liegen.

Zentrum der turkmenischen Gasproduktion wird das super giant field South Yolotan-Osman. Dieses Gas muss über eine Ost-West-Leitung an die Gasleitungen an der turkmenischen Küste transportiert werden. Gazprom war davon ausgegangen, dass seine Tochterfirma

<sup>&</sup>lt;sup>43</sup> Turkmenistan soll 30 bcm, Kazachstan 10 bcm liefern.

Zarubežneftegaz mit dem Bau beauftragt würde. Ende März 2009 aber weigerte sich der turkmenische Präsident Berdymuchamedov bei seinem Besuch in Moskau diesen Vertrag zu unterzeichnen und entschied sich für eine **internationale Ausschreibung** des Bauvorhabens. Dies führte zu einer massiven Verhärtung zwischen Russland und Turkmenistan. Anfang April wurde ein Strang der Gasleitung aus Turkmenistan nach Russland durch eine **Explosion** zerstört. Turkmenistan beschuldigt Russland, dafür verantwortlich zu sein; Turkmenistan solle unter Druck gesetzt werden, die Exportvereinbarungen vom März 2008 zugunsten Gazproms abzuändern. Russland verlangt tatsächlich, den Liefervertrag zu ändern, damit Turkmenistan entweder weniger Gas liefert oder den Preis absenkt; angesichts der niedrigen Gaspreise, die Gazprom auf den europäischen Märkten erzielen kann, ist das Erdgas, das Gazprom aus Turkmenistan bezieht, derzeit nämlich zu teuer.

Turkmenistan will sich – bestärkt durch die jüngsten Konflikte mit Gazprom – aus der hegemonialen Umklammerung durch Russland befreien und sucht mehrere alternative Exportauslässe:

 Gaszusammenarbeit mit der VR China: Auf der Grundlage eines "Strategischen Rahmenabkommens" zwischen Turkmenistan und der VR China sicherte Turkmenistan China bis 2036 Lieferungen von jährlich 30 bcm Erdgas (im Juli 2009 auf 40 bcm erhöht) zu. Die Pipeline wird von Turkmenistan über Usbekistan und Kasachstan nach China geführt. Im November 2009 werden die Lieferungen mit einem Anfangsvolumen von 5 bcm starten.

China erhält zudem Förderlizenzen in dem Gasfeld Bagtyarlik östlich des Amu Darya. Im Juli 2009 sicherte China Turkmenistan eine niedrig verzinste Kreditlinie von 4 Mrd. USD zu, um die Exploration und Entwicklung des Gasfeldes South Yolotan-Osman voranzutreiben. China hat bereits im Juni 2009 Förderlizenzen für einzelne Blöcke dieses Feldes erhalten.

2. Über die 1997 gebaute Pipeline zwischen Turkmenistan und Iran (Korpedzhe-Kurt Kui) werden derzeit 8.5 bcm Erdgas jährlich in den Iran transportiert. Derzeit laufen Gespräche über die Lieferausweitung auf 14 bcm Erdgas jährlich. Gerade gegenüber Iran aber hat sich Turkmenistan als unverlässlicher Partner erwiesen. In einem Streit über den Lieferpreis hat Turkmenistan die Gasexporte in den Iran im Dezember 2007 für vier Monate unterbrochen. In einer Kettenreaktion unterbrach Iran daraufhin seine Gaslieferungen an die Türkei, letztere die Weiterleitung von azerbaijanischem Gas an Griechenland. Durch Zusatzlieferungen von

Gazprom konnte die Situation damals bewältigt werden. Im April 2008 schließlich gab Iran den Preisforderungen Turkmenistans nach.

- 3. Turkmenistan drängt weiterhin auf den Bau einer Leitung über Afghanistan und Pakistan nach Indien. Diese seit 1997 diskutierte TAPI-Leitung soll bis zu 33 bcm jährlich an Erdgas aus dem turkmenischen Dauletabad-Feld exportieren. Bislang scheiterte das Projekt an der kritischen Sicherheitslage in Afghanistan. Die Asia Development Bank wäre der zentrale Investor in dieses Leitungsprojekt.
- 4. Zuletzt zeigt sich Turkmenistan interessiert, Erdgas an das Nabucco-Konsortium zu liefern. Die "natürliche" Trasse dieser Exportleitung würde über den nördlichen Iran in die Türkei führen. Aufgrund der Sanktionen gegen den Iran werden zwei alternative Leitungsstränge diskutiert: Zum einen die Verflüssigung turkmenischen Erdgases als LNG, das mit Tankern nach Baku verschifft und dann in die Baku-Tbilissi-Erzurum (BTE-Pipeline) eingespeist werden könnte. Diese Variante ist derzeit aber zu teuer. Zum anderen der Bau einer Transkaspischen Leitungsverbindung, die aber für Investoren unsicher ist, weil sich die fünf Anrainerstaaten des Kaspischen Meeres über den völkerrechtlichen Status des Meeres und damit die Aufteilung in Hoheitszonen noch immer uneinig sind. Insbesondere Iran könnte seine Vetomacht auch militärisch untermauern.

Ein wichtiges Signal an die Nabucco-Betreiber war die Entscheidung der turkmenischen Regierung im April 2009, der deutschen RWE Erschließungsrechte von Gasfeldern in den turkmenischen Küstengewässern des Kaspischen Meeres einzuräumen. RWE und Turkmenistan einigten sich, Bedingungen für turkmenische Erdgaslieferungen nach Deutschland zu prüfen. Als Konsortialpartner bei Nabucco Gas International ist dieses Engagement von RWE von beträchtlicher Bedeutung.

Gaslieferungen aus Turkmenistan sind aber ohne massive Investitionen in die Exploration und die Entwicklung neuer Gasfelder, die Modernisierung der Fördertechnologie und des Leitungsnetzes und Investitionen in das Humankapital und die Transportinfrastruktur nicht nachhaltig zu sichern. Darin liegt ein erheblicher (verdeckter) Kostenfaktor im Gasgeschäft mit Turkmenistan. Die VR China ist zu dieser umfassenden Geschäftsbeziehung mit Turkmenistan bereit; Russland hat dieses Konzept erfolgreich in Usbekistan umgesetzt.

Ein weiterer entscheidender Faktor im Gasgeschäft mit Turkmenistan sind Dauer der Gaslieferverträge und die eingesetzte Preisformel: Im sowjetisch-europäischen Gashandel waren beide Vertragsparteien an langfristigen Geschäftsbeziehungen interessiert. Die europäischen Staaten strebten nach langfristiger Versorgungssicherheit, die Sowjetunion nach

garantierten Absatzmärkten, weil der Bau der Gasleitungen hohe finanzielle Investitionen erfordert hatte, die es zu amortisieren galt.

Die Gaslieferbeziehungen Turkmenistans mit seinen Kunden – insbesondere mit der EU – werden andere sein, denn in diesem Fall bauen die Konsumenten die Lieferleitungen bis an die Landesgrenzen des Versorgers, d.h. sehr nahe an die Förderstätten. Der Kostenaufwand des Produzenten für die Exportleitungen ist also sehr gering. Das erlaubt dem Produzenten mehr Flexibilität hinsichtlich der Vertragsdauer, da der Amortisierungsdruck gering ist.

Dazu kommt ein zusätzlicher entscheidender Faktor: die Sowjetunion und bislang Russland konzentrierten sich auf einen geografischen Absatzraum – Europa – und errichteten die Exportinfrastruktur von den Lagerstätten ausschließlich nach Europa. Die zentralasiatischen Förderländer, allen voran Turkmenistan, bauen Exporttrassen in unterschiedliche Regionen – Russland, VR China, Iran, Afghanistan-Pakistan-Indien, Türkei, EU. Dadurch erhalten diese Gasförderländer eine hohe Diversifizierungsfähigkeit, die sich wiederum auf die Dauer der Gaslieferverträge, aber auch auf die Preisgestaltung auswirken kann. Tendenziell kann daher von einer strukturellen Verteuerung der Gaslieferungen und von einer kurzfristigeren Liefergarantie ausgegangen werden.

#### **Zusammenfassung:**

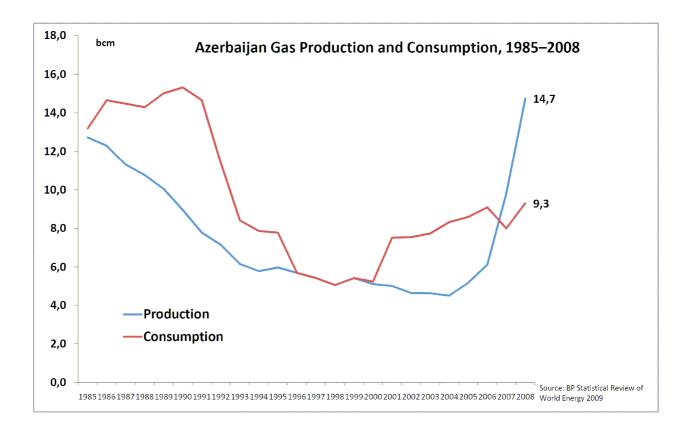
- Die derzeitige Produktion der turkmenischen Gaswirtschaft liegt deutlich unter den vertraglichen Exportverpflichtungen gegenüber Russland, der VR China und dem Iran. Die mittelfristigen Prognosen gehen nur von einem langsam steigenden Produktionsvolumen aus.
- Die turkmenische Gaswirtschaft muss mit erheblichem Kapitalaufwand modernisiert und ausgebaut werden. Gaslieferverträge mit Turkmenistan müssen daher von Modernisierungsinvestitionen und Investitionen in Exploration und Entwicklung neuer Gasfelder begleitet werden.
- 3. Angesichts der entstehenden Gasleitungsdichte mit kompetitiven alternativen Absatzmärkten werden Vertragsstrukturen und Preisformeln wahrscheinlicher, die die Stellung des Gaskonsumenten schwächen. In der Kaspischen Region entsteht ein kompetitiver Gasmarkt, mit strukturell bedingtem Preisauftrieb.
- 4. Die Gaszusammenarbeit mit dem autoritären Turkmenistan kann unter einem normativen öffentlichen **Legitimitätsvorbehalt** stehen. Umgekehrt wird schwieriger zu argumentieren sein, warum die Zusammenarbeit mit Iran im Gassektor wegen des autoritären und repressiven

Regimecharakters dieses Landes unzulässig sei, die Geschäftsbeziehungen mit einem zumindest ebenso autoritären Land wie Turkmenistan aber umfassend ausgebaut werden.

### **Die Rolle Azerbaijans**

Die Gasproduktion Azerbaijans lag 2008 bei 14,7 bcm/y. Der Binnenverbrauch liegt 2008 bei 9,3 bcm und wächst stark an (plus 16 Prozent gegenüber 2007), wobei für den Binnenverbrauch auch assoziiertes Gas (associated Gas) aus der Ölproduktion herangezogen wird. Das Exportpotential lag 2008 damit bei 5,4 bcm/y. Die Gasproduktion konzentriert sich auf das Shah Deniz Gasfeld, wo seit 2006 Gas gefördert wird. In Phase I der Förderung soll bis 2012 ein Produktionsvolumen von 15 bcm/y erreicht werden; 2009 dürfte die Förderung bei 9 bcm/y gelegen sein. Shah Deniz I wird v.a. von StatoilHydro, British Petroleum und dem staatlichen azerbaijanischen Energieunternehmen SOCAR entwickelt.

In Phase II des Shah Deniz Projektes (SD-2) sollen zusätzliche 16 bcm/y Erdgas gefördert werden. Nach derzeitigem Planungsstand soll die Förderung aber erst 2016 beginnen können. Zu dieser Verzögerung hat auch die Unsicherheit über den Bau der Nabucco Gasleitung beigetragen werden. Azerbaijan kann seine Förderung nur in dem Masse steigern, wie sich auch zusätzliche Exportleitungsoptionen ergeben. Von der SD-2 Gasproduktion können aber maximal 12 bcm/y nach Westen transportiert werden, weil die BTW derzeit nur für 20 bcm/y ausgelegt ist.



Grafik 9: Gasproduktion und -konsum in Azerbaijan 1985-2008

Azerbaijan exportiert derzeit Gas nach Georgien, die Türkei und den Iran; die Türkei re-exportiert azerbaijanisches Gas nach Griechenland. Nach Georgien wurden 2008 nur 0,54 bcm an Erdgas, in die Türkei 3,1 bcm. Wenn die Gasförderung in Shah Deniz II beginnen wird, will die Türkei 6.6 bcm/y beziehen; ein Vorvertrag darüber wurde 2007 unterzeichnet. Griechenland will 4,5 bcm/y aus Shah Deniz II beziehen, Italien 8 bcm/y. Daher würden die Nabucco-Betreiber nur auf 3,5 bcm/y zurückgreifen können. Die Beziehungen Azerbaijans zur Türkei im Energiesektor haben sich zuletzt aber deutlich verschlechtert – vor allem weil die Türkei nur niedrige Ankaufpreise anbietet und hohe Durchleitungsgebühren für azerbaijanisches Gas zu europäischen Märkten verlangen will. Außerdem fordert die Türkei deliveryad-frontier Abmachungen, die es der Türkei erlaubt, azerbaijanisches Gas an dritte Parteien weiter zu verkaufen. Am 27. April 2010 teilte die azerbaijanische Regierung mit, mit der Türkei sei eine Einigung über den Verkaufspreis für azerbaijanisches Gas an die Türkei erzielt worden;

weiterhin uneins sind beide Staaten über die Transittarife für azerbaijanisches Gas auf türkischem Territorium.<sup>44</sup>

Nach Abschluss von Reparatur- und Modernisierungsarbeiten wird Azerbaijan noch 2010 Erdgas über die Kazi Magomed–Astara Gasleitung nach Iran exportieren. Das Durchsatzvolumen der Leitung liegt bei 10bcm/y. Azerbaijan und Iran haben sich im Dezember 2009 auf den Export von 2 bcm in 2010 geeinigt. Im April 2010 wurde mit dem Bau der Sangachal-Azadkend-Astara Pipeline von Azerbaijan nach Iran begonnen; die Fertigstellung ist für 2012 geplant. Das Durchleitungsvolumen der Leitung soll 6,57 bcm/y betragen.

Die Rolle Azerbaijans als zentraler Versorger der Nabucco-Gasleitung wird aber auch durch Exportverpflichtungen gegenüber Russland beschränkt. Am 29. Juni 2009 einigten sich Azerbaijan und Russland auf ein Rahmenabkommen über die Lieferung von 0,5 bcm azerbaijanischen Erdgases an Russland. Ende Dezember wurde das Liefervolumen für 2010 auf 1 bcm, für 2011 auf 2 bcm angehoben. Russland ist daran interessiert, möglichst viel der azerbaijanischen Erdgasproduktion aufzukaufen, damit nur wenig/zu wenig Erdgas für Nabucco übrig bleibt. Gazprom ist dafür auch bereit, hohe Abnehmerpreise zu bezahlen. Wiederholte Angebote Russlands, die gesamte Produktion von SD-2 aufzukaufen, lehnte Azerbaijan aber ab. Allerdings erhielt Russland im Dezember 2009 gleichsam ein Vorkaufsrecht für die SD-2 Produktion.

#### **Die Rolle Irans**

Zwar verfügt die Islamische Republik Iran über hohe gesicherte Erdgasreserven (16 Prozent der globalen gesicherten Gasreserven<sup>46</sup>), ist aber kein Netto-Gasexportland. Iran importiert Gas aus Turkmenistan, exportiert Gas in die Türkei und liefert Erdgas in swap-agreements mit Azerbaijan nach Nakhichevan. Im Iran wird ungefähr so viel Gas konsumiert wie produziert. Energieeffizienz und Energiepreise sind im Iran sehr niedrig, die Gasproduktion und die Leitungsinfrastruktur müssen dringend modernisiert werden. Die iranischen Gasreserven befinden sich vorrangig im (südlichen) Persischen Golf, das South Pars Gasfeld ist eines der größten Gasfelder der Welt, das sich der Iran mit Katar teilt. Es gibt auch großes

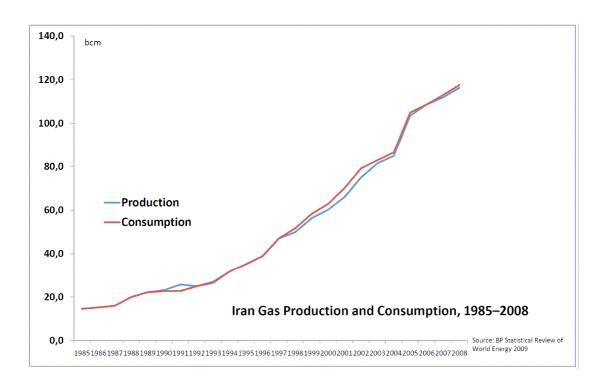
Turkish minister says gas deal reached with Baku

 <sup>(</sup>http://www.news.az/articles/14263, Zugriff am 1. Mai 2010).
 Noch 2006 hatte Azerbaijan bis zu 4,5 bcm/y Erdgas aus Russland importiert.

BP Statstical Review of World Energy 2009 (http://www.bp.com/statisticalreview, Zugriff 19. April 2010).

Interesse an diesem Gasfeld seitens westlicher Konzerne. Aus politischen Gründen ist jedoch ein weiteres Engagement dieser Unternehmen, u. a. der OMV, im Iran nicht gewünscht.

Die Modernisierung der iranischen Gasindustrie und die Entwicklung neuer Gasfelder wird nun durch Unternehmen aus der VR China, Malaysia, Oman und auch durch die russische Gazprom vorangetrieben. Die Lieferungen von iranischem Erdgas an die Türkei nehmen zu; dabei ist auch eine Durchleitung turkmenischen Erdgases in die Türkei denkbar. Vorrangig aber wird Iran seine Exportinfrastruktur auf östlich gelegene Märkte ausbauen – nach Pakistan, Indien und die VR China. Dies erleichtert Gazprom, seine Marktpräsenz in der EU stabil zu halten.

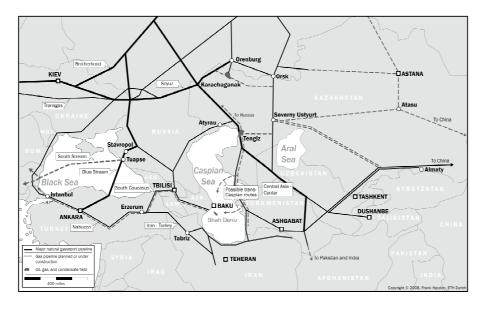


Grafik 10: Gasproduktion und -konsum in Ian 1985-2008

Aber auch wenn die politischen Blockaden für den Zugriff der Nabucco-Betreiber auf iranisches Gas fallen sollten, sind zunächst **erhebliche Investitionen in den iranischen Gassektor erforderlich**, um substantielle Exportvolumina zu erzielen.

-

Im März 2010 einigten sich Iran und Pakistan nach zähen und langwierigen Verhandlungen auf den Bau der 'Friedenspipeline' von Iran nach Pakistan mit einer geplanten, derzeit aber blockierten Verlängerung nach Indien.



Grafik 11: Gasleitungen und Gasleitungsvorhaben im eurasischen Raum

Quelle: Russian Analytical Digest 71, 25. Jänner 2010

## Der Schwarzmeerraum als Öltransitraum

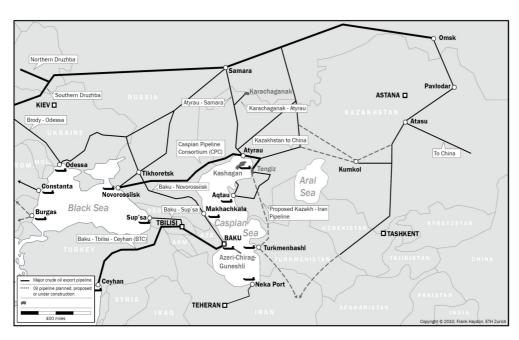
Der Transit von Rohöl aus dem Schwarzmeerraum – azerbaijanisches, russisches und kazachisches Öl – erfolgt noch immer mehrheitlich über den Tankertransport durch die Meerengen Bosporus und Dardanellen. Dies gilt derzeit zur Gänze für russisches und mehrheitlich für kazachisches Rohöl. Rohöl dieser beiden Staaten wird im russischen Schwarzmeerhafen auf Tanker geladen und durch die Meerengen verschifft. Azerbaijanisches Öl wird zu großen Teilen über die 2006 in Betrieb genommene Baku-Tbilissi-Ceyhan (BTC) Ölleitung auf die internationalen Märkte transportiert. Der Durchsatz der Leitung liegt bei 1,6 Mln. Barrel/Tag. Kleinere Mengen werden über eine Landpipeline oder mit der Eisenbahn zum georgischen Schwarzmeerhafen Supsa transportiert, auf Tanker verladen und durch die Meerengen exportiert.

2001 wurde die Ölleitung vom ukrainischen Schwarzmeerhafen Odessa nach Brody (auch Sarmatia Pipeline genannt) im ukrainischen Lemberg – nahe der polnischen Grenze - in Betrieb genommen. Von dort sollte eine Leitungsverbindung zu den Raffinerieanlagen im polnischen Plock gebaut und das Rohöl nach Gdansk transportiert werden. Durch die Leitung sollte kazachisches und azerbaijanisches Rohöl nach Brody transportiert werden.

Bis 2004 blieb die Leitung ungenutzt, weil keine Lieferverträge abgeschlossen werden konnten. Seit 2004 wird die Leitung im *reverse flow* betrieben, d.h. russisches Öl, vor allem des britisch-russischen Gemeinschaftsunternehmens BP-TNK nach Odessa geleitet; von dort wird es mit Tankern durch die Meerengen transportiert. Zwar kann der laufende Vertrag innerhalb von 3 Monaten gekündigt werden, doch war es bislang nicht möglich, ausreichende Ölmengen zu kontraktieren. Im Jänner 2010 sagte Azerbaijan zu, Rohöl über diese Route exportieren zu wollen. Ein Konsortium aus polnischen, litauischen, ukrainischen, georgischen und azerbaijanischen Unternehmen (,New Sarmatia') will die Verlängerung der Leitung nach Plock umsetzen.

Ein von Russland vorangetriebenes Projekt ist die Ölleitung von Burgas (Bulgarien) nach Alexandropoli (Griechenland), die die türkischen Meerengen umgehen soll. Im Dezember 2007 hatten sich darauf die Regierungen Griechenlands und Bulgariens geeinigt. Die Ölleitung mit prognostizierten Kosten von 1 Mrd. € und einem Durchsatzvolumen von 143 Millionen barrel/Jahr sollte nach den damaligen Plänen Ende 2001 in Betrieb gehen. Die im Juni 2009 an die Macht gelangte neue bulgarische Regierung von Boiko Borissov aber hat angekündigt, das Bauvorhaben zu überdenken und eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen. Beobachter vermuten, die bulgarische Regierung zögere weniger wegen ökologischer Bedenken, sondern möchte die Konditionen für den Öltransit neu verhandeln.

Das wichtigste Ölleitungsvorhaben in der Region aber ist die geplante Ölpipeline von Samsun (türkische Schwarzmeerküste) nach Ceyhan (türkische Mittelmeerküste). Nach derzeitiger Planung soll die Leitung von der italienischen Eni und der türkischen Calik gebaut werden. Das Durchsatzvolumen der Pipeline soll 1,5 Millionen barrel/Tag erreichen; die Leitung soll 2012 in Betrieb genommen werden. Die Türkei und Russland verhandeln derzeit eine Beteiligung Russlands am Bau der Leitung; vor allem aber geht es darum russisches und kazachisches Öl vom Novorossijsk mit Tankern nach Samsun zu verschiffen. Nur mit diesen Öllieferungen kann diese Leitung rentabel betrieben werden. Kazachisches Öl wird vom kazachischen Tengiz-Ölfeld über die Ölleitung des Caspian Pipeline Consortium nach Novorossijsk transportiert. Dazu kommen azerbaijanisches und kazachisches Öl, das über eine Ölleitung in Georgien in den georgischen Schwarzmeerhafen Supsa transportiert wird.



Grafik 11: Ölleitungen und Ölleitungsvorhaben im eurasischen Raum

Quelle: Caucasus Analytical Digest 16, 26. April 2010

#### **Executive Summary und Recommendations**

- Good Governance ist in allen Staaten des Schwarzmeerraumes derzeit nur rudimentär gegeben. Korruption im Justiz- und Verwaltungsapparat und politisch lenkbare Rechtsprechung lassen nur begrenzt von rechtsstaatlichen Verhältnissen sprechen. Die autoritären politischen Strukturen könnten am wahrscheinlichsten in Azerbaijan zu inneren Unruhen führen; bislang aber waren polizeiliche Repression und steigende staatliche Sozialausgaben ausreichend, um die starke soziale Unzufriedenheit zu neutralisieren.
- Die soziale Lage ist insbesondere in Azerbaijan und in Moldova, sodann aber auch in Armenien prekär. In keinem dieser Länder aber sind in absehbarer Zeit sozial motivierte Unruhen zu befürchten. In Azerbaijan aber könnten prekäre soziale Verhältnisse zusammen mit dem Unmut über die korrupte und autoritäre Führungsschicht zu erheblichen politischen Verwerfungen führen.
- In den s\u00fcdkaukasischen Staaten Armenien, Azerbaijan und Georgien sind noch immer massive manipulative Eingriffe bei Wahlen auszumachen sowohl in der Wahlbewegung selbst (manipulative Nutzung von medialer Kontrolle, Behinderung oppositioneller Kandidaten, Missbrauch staatlicher finanzieller und administrativer Ressourcen im Wahlkampf), im Wahlprozess selbst (manipulative W\u00e4hlerlisten, mobile Wahlurnen u.a.) als auch bei der Ausz\u00e4hlung der W\u00e4hlerstimmen (Zusammensetzung der Wahlkommissionen). Dies gilt insbesondere f\u00fcr Armenien und Azerbaijan, aber auch bei den Pr\u00e4sidentschafts- und Parlamentswahlen in Georgien 2008.
- In Georgien, Moldova, Armenien und in der Ukraine sind die politischen Eliten stark polarisiert; Regierungswechsel sind dabei immer durch starke Spannungen bis zum offenen Gewaltausbruch gekennzeichnet. Azerbaijan hebt sich davon ab, weil die Alternierung der Regierungsmacht durch die ausgeschaltete Opposition ausgehebelt wurde.
- Die Rolle von Parteien wie sie diesen in liberalen Demokratien zugewiesen ist – wird in den BSC unterschiedlich ausgefüllt: Azerbaijan, Georgien und Moldova (mit Ausnahme der PCM) haben kein auch nur in Ansätzen konsolidiertes Parteiensystem; in Armenien und Ukraine sind ansatzweise stabilere Strukturen erkennbar. Der Organisationsgrad der Parteien (Anteil der Wähler einer Partei, die auch Mitglieder der Partei sind) ist niedrig, die territoriale Organisation (Ausbau regionaler

- und lokaler Parteistrukturen) ist, mit Ausnahme der kommunistischen Parteien, schwach ausgeprägt.
- Azerbaijan, das eine zentrale Rolle im Warentransit von Zentralasien nach Europa und als Erdöl- und Erdgasproduzent wie -transitland einnimmt, ist ein verhärtetes autoritäres Regime, in dem die repressiven Züge der nepotistisch-klientelistischen Herrschaftsordnung zunehmen. Eine verstärkte wirtschaftliche Zusammenarbeit Österreichs mit Azerbaijan ist unabdingbar, könnte aber zu vermehrter Kritik durch NGO's aus dem Menschenrechtssektor führen, die von anderen Akteuren instrumentalisiert werden könnte.
- Die Medienfreiheit ist in den BSC sehr unterschiedlich ausgeprägt: in Azerbaijan sind die Medien unter staatlicher Kontrolle, regierungsdissidente Medien werden verboten bzw. behindert; am stärksten ist die Medienfreiheit in der Ukraine – gleichsam die einzige verbliebene Errungenschaft der 'orangen Revolution'.
- Die Europäische Union (und Österreich) sollten stärker auch öffentlich Verletzungen der Menschenrechte, Druck auf die Justiz, mediale Zensur kritisieren. Das Argument, durch stille Interventionen und nichtöffentlichem Dialog mehr erreichen zu können ist nicht unrichtig; allerdings kann öffentlicher Sukkurs für die demokratischen Kräfte in diesen Ländern mittelfristig deutlich mehr erreichen. Dabei ist zu konstatieren, dass eigene nationale Interessen auch die Grenzen der eigenen Aktivitäten diktieren sollten.

Nachdrücklich sollten Bemühungen verstärkt werden, die **Qualität der öffentlichen Verwaltung durch Ausbildungs- und Schulungsmaßnahmen** (u.a. Verwaltungsakademien), Initiativen zur Stärkung der **juristischen Ausbildung** u.a. durch universitäre Zusammenarbeit u.ä. zu verbessern. Grundsätzlich sind Investitionen in die mittelfristige Bereitstellung von good governance Kapazitäten kurzfristigen aktivistischen Vorhaben vorzuziehen.

— Besorgniserregend sind die hohen Militärausgaben in allen südkaukasischen Staaten, die sich durch die von allen Ländern für möglich/wahrscheinlich gehaltene militärische Eskalation der Sezessions- und Territorialkonflikte erklärt. Nach dem georgischrussischen Krieg vom August 2008 und der faktischen Sezession Abchasiens und Südossetiens ist ein neuer Waffengang unwahrscheinlich geworden. 'Grenz'konflikte und kleine Scharmützel sind in Südossetien aber durchgehend möglich. Der Zugang der Beobachtermission der EU zu südossetischem Gebiet wäre daher

dringend erforderlich, kann derzeit aber aufgrund südossetischrussische Vorbehalte als unwahrscheinlich gelten.

Das Risiko der militärischen Eskalation zwischen Armenien und Azerbaijan über die sezessionistische Region Berg-Karabach aber ist nicht unbeträchtlich. Azerbaijan hat in den letzten Jahren stark in Ausrüstung und Ausbildung seiner Streitkräfte investiert. Die Kampfhandlungen an den 'Grenz'verläufen haben in den letzten beiden Jahren deutlich zugenommen.

Gleichzeitig ist nicht zu erwarten, dass die armenische Seiten bei den Gesprächen im Rahmen des Minsk-Gruppe weitergehende Zugeständnisse machen wird, um den Annäherungsprozeß an die Türkei wiederzubeleben. Selbst wenn Präsident Sarkisyan dies anstrebte, ist er innenpolitisch zu schwach, um diesen Weg zu gehen.

Die wirtschaftlichen und sozialen Impulse der Grenzöffnung werden damit weiter ausbleiben. Der Umwegshandel über Georgien wird zwar aufrecht bleiben, verteuert aber den Warenverkehr; zudem bleiben die entspannenden Impulse sozialer Kontakte über offene Grenzen hinweg aus.

Die diplomatische Isolation Abchasiens und Südossetiens wird auf absehbare Zeit bestehen bleiben. Allerdings nehmen die wirtschaftlichen Aktivitäten anderer Staaten in Abchasien zu (s.u. die Türkei), die in manchen Fällen, insbesondere bei der Türkei auch zu sich vertiefenden politischen Kontakten mit den staatlichen Behörden führen.

Investitionen in Abchasien – in den Wiederaufbau, den Tourismus und Zulieferungen an die Bauprojekte im Rahmen der Olympischen Spiele in Soči sind auf absehbare Zeit ausschließlich über Russland möglich. Verstärktes Engagement würde sicherlich zu Irritationen mit Georgien führen, aber georgische Retorsionsmaßnahmen für österreichische Investitionen in Georgien sind unwahrscheinlich. Umgekehrt könnten Investitionen in Abchasien benutzt werden, um Entgegenkommen Russlands beim wirtschaftlichen Engagement österreichischer Unternehmen in Soči zu erwirken.

Hinzuweisen ist in diesem Zusammenhang auch auf die wachsenden wirtschaftlichen Aktivitäten der Türkei in Abchasien. Es wäre

- unglücklich, österreichische Marktchancen durch ein zurückhaltendes wirtschaftliches Vorgehen zu beschädigen.
- Trilaterale regionale Kooperationen im südlichen Kaukasus sind auch in den meisten low-politics Feldern derzeit ausgeschlossen. Sowohl Armenien als auch Azerbaijan junktimieren die Zusammenarbeit mit der Lösung der Statusfrage Berg Karabachs. Die anhaltende Isolation Armeniens stärkt die russländische, immer mehr aber auch die iranische Position in Armenien und damit der Region.